

# Abgezählt – die DPJ und die Frauenquote

*Simone Kopietz und Alexander Winkscha*

## **Counting (on) Women: DPJ and Gender Quota**

*In the Japanese Parliament, women are dramatically underrepresented. In more than a hundred countries this democratic deficit is addressed through the introduction of gender quotas. In most cases these equality guarantees have proven to be effective in securing equal access to political mandates for both sexes. In Japan, however, this so-called Positive Discrimination approach is considered far more cautiously due to the liberal democratic framework within which Japanese politics is embedded. Nevertheless, in late 2014, the Democratic Party of Japan declared its intention to introduce a party-level quota system, raising several questions: What are the true motives behind this unexpectedly progressive step? And what does this mean for the prospect of actual realization? Using the analysis framework of Mona Lena Krook, this study differentiates between principled stands and strategic incentives structuring the DPJ's decision. It shows that, although the DPJ does indeed hold strong principled stands, encouraging it in general to secure equal opportunities for both sexes, this motive alone is not strong enough to push the DPJ to the final stage of implementation. The most potent but strategic incentive to do so seems to be the fear of losing its Issue Ownership in this policy field to the Liberal Democratic Party.*

## **1 Einleitung**

»Bis zur nächsten Wahl streben wir die Realisierung [einer Frauenquote] an.«  
Banri Kaieda, damals Parteivorsitzender der DPJ (DPJ 15.10.2014).

Die Gleichberechtigung von Frauen ist gegenwärtig ein prominentes Thema in der japanischen Politik. In seiner zweiten Amtszeit als Premierminister startete Shinzō

Abe als Teil seines politischen Programms zur Förderung der japanischen Wirtschaft Abenomics die Kampagne Womenomics. In einer Rede vor der UN-Generalversammlung im September 2013 betonte er, seine Regierung wolle eine Gesellschaft schaffen »in which women shine« (Abe 26.09.2013). Seine Liberaldemokratische Partei (LDP) bekennt sich in ihrem Programm zur Oberhauswahl 2013 zu dem Ziel, bis 2020 im japanischen Parlament einen Frauenanteil von 30 Prozent zu erreichen (Agenda 202030, LDP 2013); die damals noch existierende Partei Your Party (Minna no Tō) hat im Juli 2014 auf innerparteilicher Ebene bereits die Einführung einer 25-Prozent-Quote beschlossen (AS 09.07.2014); und der damalige Vorsitzende der Demokratischen Partei Japans (DPJ), Banri Kaieda, hat noch im Oktober 2014 mit der obigen Aussage seine Intention bekundet, nachzuziehen (DPJ 15.10.2014). Damit wagten Your Party und DPJ einen neuen Schritt: Während bisherige Maßnahmen wie die finanzielle Förderung oder Schulungen für weibliche Kandidatinnen sowie die generelle Zielsetzung von mehr Frauen im Parlament den Zugang von Frauen erleichtern, regelt eine parteiinterne Quote den Zugang zur Kandidatur – einer wichtigen Stufe zum Mandat – verbindlich. Dieser in vielen Demokratien bereits etablierte Ansatz wurde in der japanischen Politik bisher unter Vorbehalt – mit Zweifeln an der Verfassungskonformität – diskutiert (GEBCO 2005: 8). Welche Rahmenbedingungen, Einflussfaktoren und Motivationen wirken also auf die Einführung einer parteiinternen Frauenquote hin? Dieser Frage widmet sich der Artikel am Beispiel der DPJ.

Bislang formulierte die DPJ lediglich den Willen zur Einführung einer Quote. Eine erfolgreiche Umsetzung steht derzeit noch aus. Die vorliegende Untersuchung wählt den Analyserahmen von Mona Lena Krook (2007) zur Kategorisierung der Entstehungsprozesse von Frauenquoten. Die Motive, die den Diskussions- und Umsetzungsprozess bestimmen, können in strategische und normative Motive untergliedert werden. Die Annahme, dass sich normative Motive positiv auf die Umsetzung einer Quote auswirken (Caul 2001: 1217), hingegen strategische Motive die Gefahr von »leeren Gesten« und damit einer weniger effektiven Umsetzung bergen (Krook 2007: 371), ermöglicht über die Identifikation der Motive eine Prognose zur erfolgreichen Umsetzung. Die Analyse stellt im Folgenden heraus, dass die DPJ insbesondere in Abgrenzung zur LDP ihre Themenführerinnenschaft bei der Gleichberechtigung von Frauen zu verteidigen versucht. Während eine prinzipiengeleitete Grundmotivation in der DPJ erkennbar ist, scheint eine zügige Umsetzung der Frauenquote ohne den wahlstrategischen Anreiz der politischen Abgrenzung unwahrscheinlich.

## 2 Repräsentation von Frauen in der japanischen Politik

Die politische Interessensvertretung von Frauen beschäftigt die Wissenschaft schon seit langem. Besonders einflussreich zum Thema Frauen in formalen politischen Strukturen war Maurice Duverger 1955 mit seiner Monographie »The Political Role of Women«, in welcher er auf die Unterrepräsentation von Frauen aufmerksam machte. Auch für die Forschung zu Frauen im japanischen Parlament hebt Dalton (2008: 52) die mangelnde Repräsentation als zentrales Merkmal hervor: »no article on female Japanese politician [sic!] can omit comments on the abysmal representation of women in politics«. Nach der Unterhauswahl 2014 machten Frauen 9,5 Prozent im Unterhaus, 15,7 Prozent im Oberhaus (GEBCO 2015: 1) und folglich 11,6 Prozent des nationalen Parlaments aus. Gemessen an der Vertretung im Unterhaus belegt Japan gemeinsam mit Botswana Rang 114 von 140 im internationalen Vergleich der Inter-Parliamentary Union (IPU 2015). Diese eklatante proportionale Unterrepräsentation von Frauen hat für das demokratische System Japans verschiedene Implikationen: Einerseits dient für das Parlament als Volksvertretung bereits die numerische Repräsentativität als ein Maßstab demokratischer Legitimität, der mit einem Missverhältnis von einer Frau zu neun Männern im japanischen Unterhaus nicht erfüllt wird. Andererseits stellt sich die Frage nach der substanziellen Repräsentativität. Dabei ist die Anzahl von weiblichen Vertreterinnen zunächst zweitrangig, solange die Interessen von Frauen dennoch repräsentiert werden. Immer wieder vorkommende sexistische Äußerungen hochrangiger männlicher LDP-Politiker etwa zu Frauenrechten, zu reproduktiven Rechten der Frau oder zu sexuellen Übergriffen lassen jedoch Zweifel daran aufkommen, dass die Regierungspartei gewillt und in der Lage ist, Fraueninteressen effektiv zu vertreten (Dalton 2012: 7–8). Dies führt dazu, dass die numerische Repräsentativität zusätzliche legitimatorische Bedeutung gewinnt. Die Annahme eines kausalen Zusammenhangs von numerischer und substanzieller Repräsentativität ist zudem auch in der japanischen Bevölkerung weit verbreitet, wie eine repräsentative Meinungsumfrage des japanischen Kabinettsbüros zur Förderung geschlechtlicher Gleichstellung zeigt (CAO 2014: 7): Auf die Frage, welche Folgen die erfolgreiche Gleichstellung von Frauen für die Gesellschaft hat, wählen 56 Prozent der Befragten die Antwortmöglichkeit »Die Meinung von Frauen wird besser widerspiegelt«. Damit handelt es sich um die am zweithäufigsten angenommene Konsequenz.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Insgesamt gibt es elf Antwortmöglichkeiten, die sowohl positive, neutrale als auch negative Einstellungen zu geschlechtlicher Gleichstellung abbilden. Mehrfachantworten sind möglich. Die mit 65 Prozent am häufigsten gewählte Antwort lautet: »Qualifizierte Personen können unabhängig vom jeweiligen Geschlecht erfolgreich sein«.

### 3 Frauenquoten als politisches Instrument

Lovenduski (2005: 88–92) untersucht mögliche Strategien, um eine bessere Repräsentation von Frauen im politischen System zu erreichen. Dabei identifiziert sie drei Strategien, die das Handeln der beteiligten Akteurinnen beeinflussen und charakterisieren: (I) Gleichberechtigungsrhetorik, (II) Gleichberechtigungsförderung und (III) Gleichberechtigungsgarantie. Die darin enthaltenen qualitativen Abstufungen können auch als Entwicklungssequenz verstanden werden. So fördere die Gleichberechtigungsrhetorik zunächst vermehrte Forderungen nach tatsächlicher Gleichberechtigung. Und diese wiederum drängten die politischen Akteurinnen dazu, auch Maßnahmen zur Gleichberechtigungsförderung zu ergreifen. Die dann deutlich werdende Diskrepanz zwischen formaler und tatsächlicher Chancengleichheit lasse schließlich Gleichberechtigungsgarantien als geeignete und notwendige Maßnahmen erscheinen. Eine prominente Ausprägung solcher Garantien stellen sogenannte Frauenquoten dar. Erstmals 1975 in Norwegen eingeführt, gibt es sie inzwischen in über einhundert Staaten (Caul 2001: 1214; Krook, Murray und Opello 2012: 529). Weltweit finden sich Quoten zwischen 5 Prozent (Armenien, Nepal) und 50 Prozent (Frankreich, Südkorea). In einigen Staaten haben sich die eingeführten Quoten im Laufe der Zeit geändert, z. B. schrittweise Erhöhungen in Ecuador und Belgien oder die Abschaffung bereits verabschiedeter Quoten in Italien und Venezuela (Schwindt-Bayer 2009: 7, 11).

Mögliche Quotenregelungen umfassen per Verfassung oder Gesetz festgeschriebene reservierte Sitze oder systemübergreifende Regeln. Der häufigste Quotentypus zur Erhöhung der politischen Repräsentation von Frauen sind jedoch freiwillige innerparteiliche Regelungen. Sie nehmen in Parteiendemokratien großen Einfluss auf die Zusammensetzung nationaler Parlamente, da Parteien Kandidatinnen vorselektieren (Reiser 2014: 56). Quoten werden gemeinhin als funktionierendes Instrument betrachtet, allerdings mit der Einschränkung, dass neben der Existenz der Quote an sich auch gewisse Eigenschaften erfüllt sein müssen.<sup>2</sup> Das wird als Anlass

<sup>2</sup> Die Effektivität von Quoten ergibt sich aus dem Zusammenspiel von Quotenhöhe, Platzierungsmandaten und Sanktionsmechanismen. So haben beispielsweise Bündnis 90/Die Grünen in der BRD nicht nur die Quotenhöhe mit 50 Prozent, sondern auch die Platzierung auf den Wahllisten geregelt: Alle ungeraden Plätze der parteiinternen Wahllisten sind für Frauen reserviert. Ein Beispiel für staatlich geregelte und vergleichsweise starke Sanktionen ist Irland: Parteien, die für die Wahl des Irischen Parlaments nicht die Quote von mindestens 30 Prozent weiblicher Kandidatinnen erfüllen, erhalten in der folgenden Legislaturperiode lediglich die Hälfte der ihnen zustehenden öffentlichen Zuwendungen (Buckley 2013: 341). Statistisch gesehen führen Quoten mit allen drei Faktoren zu fast eins zu eins Übersetzungen von Quote in Anteil von Frauen an Parlamentssitzen (Schwindt-Bayer 2009: 13–14, 20). Wenige Quoten erfüllen jedoch alle drei Anforderungen.

genommen, die Rahmenbedingungen der jeweiligen Umsetzung näher in den Blick zu nehmen (Jalalzai und Krook 2010: 11). Diese umfassen die gesetzlichen Rahmenstrukturen (Russell und O'Conneide 2003), die Umsetzungsbereitschaft im politischen System (Ottemoeller 1999) sowie den Rückhalt in der Wahlbevölkerung (Lovenduski 2005: 92). Die Relevanz und das Spektrum der verschiedenen Faktoren unterscheiden sich je nach Fallstudie. Allerdings kritisiert Krook (2007) die mangelnde Vergleichbarkeit von internationalen Fallstudien zur Einführung bzw. Entstehung von Frauenquoten. Sie erarbeitet daher ein Rahmenkonzept, welches Forscherinnen bei der Untersuchung einzelner Fallbeispiele helfen soll, die möglichen Faktoren bei der Einführung von Frauenquoten möglichst umfassend und reflektiert zu analysieren.

Gemessen in Lovenduskis strategischen Sequenzen hin zur adäquaten Repräsentation von Frauen hat die japanische Regierung den Sprung von der rhetorischen zur konkreten Förderungsstrategie vollzogen: Mit der Verabschiedung des *Equal Employment Opportunity Law* (*Danjo Koyō Kikaikintō Hō* 1985) oder des *Basic Act for a Gender Equal Society* (*Danjo Kyōdō Sankaku Shakai Kihonhō* 1999) hat sie ihre Frauenförderungsambitionen verrechtlicht. Der Übergang zur nächsten Sequenz deutet sich durch die Diskussion zu Frauenquoten an. Jedoch bewertete ein 2005 eingerichteter Untersuchungsausschuss des Gender Equality Bureau Cabinet Office zur Einführung von *Positive Action* eine per Gesetz verankerte, systemübergreifende Quotenregelung als verfassungswidrig und verortete die Umsetzung von Garantiemaßnahmen im Verantwortungsbereich politischer Parteien (GEBCO 2005: 8).

Die Konzentration auf politische Parteien richtet den Blick auf deren Zielsetzungen. Strøm und Müller (1999: 11–12) kategorisieren übergeordnete Parteiziele in Streben nach Wählerinnenstimmen, Streben nach Ämtern und Streben nach Einfluss auf die politische Linie des Landes. Dabei sei keine Partei auf ein Ziel beschränkt, sondern alle drei Ziele miteinander verschränkt. Bei Wählerinnenstimmen handle es sich stets um ein strategisches Ziel zur Erreichung eines der beiden anderen Ziele. Bezüglich dieser beiden Ziele gibt es zwei prominente Ansätze: *Riding the Wave* beschreibt das Phänomen, dass sich eine Partei den bei Wählerinnen beliebten Themen annimmt, solange diese Wahlerfolg und somit politische Ämter versprechen (Ansolabehere und Iyengar 1994). *Issue Ownership* hingegen, Themenführerinnenschaft, geht davon aus, dass eine Partei ein politisches Anliegen thematisiert, für dessen Lösung ihr die höchsten Kompetenzen zugeschrieben werden. Diese Kompetenzzuweisung muss allerdings erarbeitet werden: Die Partei muss mit dem Thema assoziiert werden sowie ihre Expertise und ihre ernsthafte Intention bezüglich des politischen Anliegens glaubhaft nachweisen (Petrocik 1996: 826).

Strøm und Müller (1999: 11) weisen darauf hin, wie schwierig es ist, das Vorkommen der unterschiedlichen Ziele und deren Gewichtung in einen Untersuchungsrahmen einzubinden, der nicht die analytische Schärfe verliert. Auch aus diesem Grund bedient sich der vorliegende Artikel des Analyserasters von Mona Lena Krook, deren komparative Betrachtung der Forschung zu Frauenquoten einen detaillierten Rahmen für die Untersuchung der Akteurinnengruppen und speziell deren Motivationen umfasst. Damit gelingt es, unterschiedliche parteiinterne und -externe Entwicklungen zum Thema Frauenquote mit den Motiven der DPJ in Bezug zu setzen und so wiederum ein Verständnis dafür zu entwickeln, welche Gewichtung zwischen Streben nach Wählerinnenstimmen, Ämtern und Durchsetzung der eigenen politischen Ziele bei der DPJ zu finden ist.

#### 4 Analysekonzept

Zur Erstellung ihres Analysekonzeptes extrahiert Krook (2007) zunächst aus der Sekundärliteratur die vier häufigsten Narrativen, wie es zur Einführung von Frauenquoten in der Politik kommt: (I) Mobilisierung durch Frauen, (II) politische Eliten verfolgen strategische Ziele, (III) gesellschaftliche Normen legen die Einführung nahe, (IV) inter- und transnationale Einflüsse wirken darauf hin. Jede Fallstudie beinhalte jedoch unterschiedliche Teile oder Kombinationen dieser Narrativen. Der Forschungsfokus auf die jeweils individuelle Entwicklung eines politischen Systems führe im globalen Kontext daher zu diversen, jedoch häufig einander widersprechenden Ausprägungen. Um eine bessere Vergleichbarkeit herzustellen, bricht Krook (2007) diese vier Narrativen in die Akteurinnen und Motive auf, die die Dynamik der jeweiligen Entwicklung bestimmen. Die drei Akteurinnengruppen gliedern sich in Zivilgesellschaft, staatliche Akteurinnen sowie trans- und internationale Akteurinnen. Die Motive umfassen prinzipiengeleitete, wahlstrategische und andere politische Erwägungen, leere Gesten, die Ausweitung repräsentativer Garantien, internationalen Druck und den Anstoß durch transnationales Lernen.

Für die vollständige Nachzeichnung der japanischen Narrative müsste entsprechend das Zusammenspiel aller beteiligten Akteurinnen und Motive beobachtet werden. Die vorliegende Arbeit konzentriert sich mit der Untersuchung der DPJ jedoch auf eine Teilgruppe der staatlichen Akteurinnen. Bei der gesetzlichen und innerparteilichen Verankerung von Förderungsmaßnahmen oder der Einführung von Gleichberechtigungsgarantien gewinnen politische Parteien ein hohes Maß an Autonomie (Krook 2007: 375; Lovenduski 2005: 91). Frauenbewegungen, sich entwickelnde gesellschaftliche Normen oder internationale Entwicklungen beeinflus-

sen die letztliche Entscheidung auf dieser Stufe nur noch mittelbar, indem sie in die allgemeinen politischen, wahlstrategischen oder prinzipiengeleiteten Erwägungen der politischen Elite einfließen. Ebenso können leere Gesten und die Ausweitung repräsentativer Garantien im Fall von Parteien als Teil der wahlstrategischen oder anderweitigen politischen Erwägungen betrachtet werden. So bleiben als übergeordnete Kategorien für die Analyse im Hauptteil die prinzipiengeleiteten, wahlstrategischen und anderen politischen Erwägungen der DPJ.

#### 4.1 Prinzipiengeleitete Motive

Wird die Förderung von Frauen in der Politik zum Selbstzweck ergriffen, beispielsweise aus normativen Erwägungen entlang des Repräsentativitätsdiskurses, spricht Krook (2007: 372–376) von prinzipiengeleiteten Erwägungen (*principled stands*). Die zugrundeliegenden Normen dieser Herangehensweise werden häufig mit der Positionierung der jeweiligen Partei im linken ideologischen Spektrum in Zusammenhang gebracht. Da sie stärker auf Gleichheitsideale rekurrieren und historisch eng mit der Frauenrechtsbewegung verbunden sind, wird angenommen, dass Parteien des linken ideologischen Spektrums eher dazu geneigt sind, Frauenquoten einzuführen (Caul 2001: 1217–1225). Der hohe Frauenanteil in der KPJ und die Vorreiterinnenrolle der SDPJ mit Takako Doi als erste weibliche Parteivorsitzende in der japanischen Geschichte bekräftigen die Annahme eines solchen kausalen Zusammenhangs auch für das japanische Fallbeispiel. Als erster Indikator für die prinzipiengeleiteten Motive dient daher die parteiideologische Positionierung der DPJ.

Im zweiten, dritten und vierten Schritt wird diese zweidimensionale Betrachtung der politischen Positionierung durch eine tiefergehende Analyse ergänzt. Zunächst wird anhand der Grundsatzpapiere untersucht, inwiefern sich die DPJ in ihren Regularien prinzipiell zu geschlechtlicher Gleichberechtigung bekennt und sich selbst – insbesondere in der Kandidatinnennominierung – dazu verpflichtet.

Im dritten Abschnitt werden die jährlich ausgearbeiteten Handlungsrichtlinien sowie Rechenschaftsberichte der DPJ untersucht. Sie werden vom Vorstand beschlossen und dann auf dem Parteitag vorgestellt und angenommen. Diese Papiere können auf der Webseite der DPJ bis zu den Berichten aus dem Jahr 2000 zurückverfolgt und eingesehen werden und bieten somit eine gute Grundlage, um die Frage nach der Verankerung von Frauenförderung und speziell der Frauenquote in den politischen Standpunkten und dem sich möglicherweise wandelnden Umgang damit zu beantworten.

Zuletzt wird der aktuelle Vorstoß genauer betrachtet: Liegen bereits verschriftlichte Pläne vor oder handelt es sich bisher lediglich um verbal geäußerte Ziele, die schnell als leere Gesten identifiziert werden können? Darüber hinaus ist vor allem die Parteikohäsion bezüglich der geäußerten Pläne aufschlussreich: Sofern prinzipiengeleitete Erwägungen vorhanden sind, würde eine diesbezüglich große parteiinterne Einigkeit auch die darauf basierende Umsetzung fördern.

## 4.2 Wahlstrategische Motive

Die wahlstrategischen Motive werden anhand von insgesamt fünf Indikatoren untersucht. Dabei bedeutet wahlstrategisch, dass Parteien die Einführung der Frauenquote bzw. die Ankündigung derselben vor allem nutzen, um Wählerinnenstimmen zu mobilisieren. In der Annahme, dass das Wählerinnengedächtnis vergleichsweise kurz ist, dient das Timing als erster Indikator: Eine wahlstrategisch motivierte Frauenquote muss zeitnah vor der Wahl beworben werden. Anhand der zu nationalen Wahlen veröffentlichten Wahlprogramme wird überprüft, inwiefern die DPJ das macht.

Darüber hinaus können verschiedene Umstände den wahlstrategischen Anreiz verstärken, beispielsweise die drastisch sinkende Beliebtheit einer Partei (Krook 2007: 377). Mit der Einführung einer Frauenquote mobilisiert die betroffene Partei verlorengegangene Wählerinnenstimmen, insbesondere die der weiblichen Wählerinnen. Eine ähnliche Strategie war auch 2005 bei der japanischen Unterhauswahl erkennbar. So wurde der Wahlerfolg der LDP unter anderem darauf zurückgeführt, dass der Parteivorsitzende Koizumi gezielt weibliche Kandidatinnen rekrutierte und dadurch vermehrt weibliche Wählerinnen mobilisierte (Burden 2009: 221). Zudem sind Reformen generell ein beliebtes Thema im japanischen Wahlkampf; insbesondere die Wechselwählerinnen können darüber mobilisiert werden (Reed 2011). Als zweiter Indikator dienen daher die Beliebtheitswerte der DPJ, mit besonderem Augenmerk auf die weiblichen Wählerinnen.

Der dritte und vierte Indikator bezieht sich jeweils auf das Verhältnis zu den konkurrierenden Parteien und die Frage nach der Vorreiterinnenrolle. Matland und Studlar (1996) beschreiben einen »Ansteckungseffekt« von Frauenquoten basierend auf der Ansteckungstheorie von Duverger: Fängt eine Partei damit an, eine solche Quote anzunehmen und umzusetzen, ziehen andere nach, um nicht Gefahr zu laufen, insbesondere weibliche Wählerinnen zu verlieren. Andererseits kann eine zurückhaltende Konkurrenz den Anreiz verstärken, sich durch die Einführung einer Frauenquote zu profilieren. Der dritte Indikator sind folglich die konkurrie-



renden Maßnahmen anderer Parteien; als vierter Indikator werden die rhetorischen Bemühungen der DPJ zur Abgrenzung von der Konkurrenz betrachtet.

Ein entscheidender wahlstrategischer Anreiz geht schließlich von der Öffentlichkeit aus. Bisher wurde vorausgesetzt, dass es sich bei der Einführung einer Frauenquote um ein anerkanntes *Public Good* handelt. Nur so ist sie wahlstrategisch wertvoll. Als allgemeine Reformmaßnahme betrachtet, erfüllt sie diese Erwartung – Reformen sind beliebt (Reed 2011). Allerdings bleibt zu erörtern, inwiefern die Öffentlichkeit die Förderung von Frauen und insbesondere die Frauenquote befürwortet. Je stärker die Befürwortung durch die Öffentlichkeit, desto vielversprechender und naheliegender der wahlstrategische Einsatz einer solchen Maßnahme. Als letzter Indikator werden daher die öffentliche Meinung, gemessen anhand von repräsentativen Umfragen, sowie die Aufmerksamkeit und der mögliche Druck durch die Medien betrachtet.

### 4.3 Andere politische Motive

Andere politische Motive sind ebenfalls strategischer Natur, stehen aber in keinem direkten Zusammenhang mit dem angestrebten Wahlerfolg. Als konkreten Anreiz nennt Krook (2007: 377) beispielsweise die Entscheidungshoheit über die Kandidatinnennominierung, welche einerseits Loyalitäten bei den Nominierten schaffen kann, andererseits ganz generell eine Frage der parteiinternen Machtverhältnisse ist. Im politischen System Japans fielen beide Aspekte lange Zeit zu Gunsten einzelner Akteurinnen aus: Die Parteizentrale der LDP nahm ihre formale Entscheidungshoheit im Nominierungsprozess nicht wahr, vielmehr spielten die Faktionsführer eine entscheidende Rolle bei der Rekrutierung und Unterstützung neuer Kandidatinnen. Nach den politischen Reformen von 1994 wird allerdings eine zunehmende Zentralisierung beobachtet (Asano 2006). Die diesbezüglichen möglichen Anreize zur Einführung einer Quotenregel für die Parteieuxekutive der DPJ dienen in diesem Abschnitt als erster Indikator.

Darüber hinaus können aber auch externe Anreize bestehen, etwa die Präferenzen potenzieller Koalitionspartnerinnen, die hier als zweiter Indikator dienen.

Ebenso kann das internationale Umfeld über Konventionen, Völkerrecht und Abkommen Druck auf nationalstaatliche Akteurinnen ausüben, ihr eigenes politisches Verhalten zu legitimieren. Transnationales Lernen wiederum kann eine Partei darin unterstützen, erfolgreiche politische Strategien aus dem Ausland in den eigenen Kontext zu übersetzen. Beispielsweise widmete sich die Studiengruppe des Gender Equality Bureau Cabinet Office in ihren Untersuchungen der Frage nach

Einführung und Umsetzung der Frauenquote in anderen Ländern, mit Blick auf die Übertragbarkeit auf gesetzliche Rahmenbedingungen in Japan (GEBCO 2004). Der internationale Kontext ist Gegenstand des letzten Analysekapitels.

## 5 Frauenquote in der DPJ

### 5.1 Prinzipiengeleitete Motive

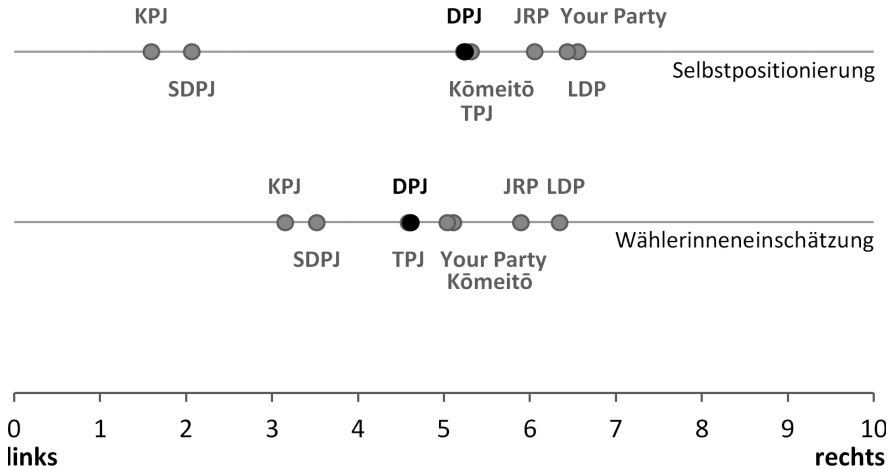
#### *Parteiideologie*

Die DPJ ist ein Zusammenschluss aus verschiedenen Parteien bzw. deren Abspaltungen; vereinfacht ist sie auf Teile der LDP und SDPJ sowie die Japan New Party (Nihon Shintō, JNP) zurückzuführen (im Detail Klein 2006: 161–178). Nach dem ersten Zusammenschluss 1996 machten die ehemaligen Sozialistinnen gut die Hälfte der Partei aus. Weitere LDP-Abspalterinnen vereinigten sich zunächst unter dem Label der New Frontier Party (Shinshintō). Als sich diese Partei 1998 auflöste, schloss sich die DPJ mit einem Teil davon zusammen. Auf diese Weise erfuhr sie einen ersten Rechtsruck. Die heutige DPJ betrachtet jedoch erst diesen Zusammenschluss als ihre offizielle Parteigründung. Dennoch wird sie in dieser frühen Phase nach 1998 als progressiv eingestuft (Miura, Lee und Weiner 2005). Dieser Einschätzung entspricht beispielsweise auch das laut Gründungscharta angestrebte Ideal »eine[r] Gesellschaft basierend auf transparenten, fairen und gerechten Regeln« (DPJ 1998). Bereits seit 2003 wird allerdings eine weitere Marginalisierung der ehemaligen Sozialistinnen und damit eine zunehmend konservative Ausrichtung der Partei beobachtet (Weiner 2013). Heute befindet sich die DPJ aus Sicht ihrer Kandidatinnen und der Wählerinnen in der ideologischen Mitte (Abb. 1).

Mit Blick auf die Frauenförderung betrachtet Gaunder (2013: 311) diese Positionierung der DPJ kritisch: »[...] the DPJ's centrist position has made it less receptive to women than more progressive parties.« Während diese Aussage im Grunde nicht verneint werden kann, so können jedoch einige Vorbehalte eingebracht werden, die diese Einschätzung relativieren.

Die skizzierte Parteigeschichte beispielsweise lässt in der Annahme von Pfadabhängigkeit in den politischen Positionen vermuten, dass die Partei zumindest offen gegenüber progressiveren politischen Ansätzen ist. Darüber hinaus wird neben dem teils sozialistischen Ursprung der Partei vor allem auch die Verbindung zur JNP interessant, da ihr die Vorreiterinnenrolle bei der Einführung von parteiinternen Quotenregelungen zugeschrieben wird (Eto 2010: 191). Die Bereitschaft oder

ABILDUNG 1: Links-Rechts-Positionierung zur Unterhauswahl 2012



Quelle: Eigene Berechnung basierend auf The UTokyo-Asahi Survey 2012 (Taniguchi 2013); durchschnittliche Selbstpositionierung der Kandidatinnen nach Partei sowie Einschätzung der Parteien durch die Wählerinnen; Frage: »Häufig wird die politische Position mit den Bezeichnungen ›links‹ und ›rechts‹ zum Ausdruck gebracht. Wo entlang dieser Skala würden Sie sich [Kandidatin] / die folgenden Personen und Organisationen [Wählerinnen] positionieren?«; 0=»ganz links«, 10=»ganz rechts«.

gar die Initiative zu einer Quotenregelung in der DPJ könnte bei ehemaligen JNP-Mitgliedern – darunter die früheren DPJ-Vorsitzenden Maehara, Noda und Kaieda sowie der derzeitige Generalsekretär Edano – trotz der eher konservativen Positionierung der heutigen DPJ hoch sein.

Ein letzter und vielleicht entscheidender Aspekt ist das politische Umfeld der DPJ. Denn wie der Blick auf die Links-Rechts-Skala zeigt, zählt die DPJ trotz ihrer mittigen Positionierung immer noch zu den progressivsten Parteien im politischen System Japans – lediglich die SDPJ und die KPJ liegen deutlich links von ihr. Ihre größte Konkurrentin – die LDP – sowie zahlreiche andere Parteien liegen rechts von der DPJ. Daraus ergibt sich für die DPJ der Anreiz, trotz zunehmend konservativem Personal an ihrem vergleichsweise progressiven Selbstverständnis der Gründungsphase festzuhalten, um sich von der LDP abzusetzen (Miura, Lee und Weiner 2005) – eine Strategie, die durch die gegenwärtigen innerparteilichen Entwicklungen bestätigt wird: Als Reaktion auf die Wahlniederlage 2012 hat die DPJ einen Reformplan zur Erneuerung der Partei ausgearbeitet (DPJ 25.07.2014). In einem parteiinternen Interview erklärt der Vorsitzende des DPJ-Komitees zur Parteierneuerung (*Kaikaku sōsei kaigi*) Yōichi Funabashi den darin als Grundprinzip genannten »si-

chere Mittelweg«: »Es ist wichtig, die Bedürfnisse beruhend auf der Vernunft der ›Bürgerin der genauen Mitte‹, also der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung aufzufangen, die Lebensweise der Bevölkerung ins Visier zu nehmen und vom Standpunkt der Bürgerinnen aus politische Maßnahmen zu entwickeln. Da sich die Regierung Abe nur noch schwach an diesem Mittelweg orientiert und stark nach rechts neigt, muss die DPJ zusammenhalten und all ihre Kraft auf dem sicheren Mittelweg entfalten« (DPJ 19.08.2014). Das Aufgreifen progressiver politischer Maßnahmen durch die DPJ ist folglich keineswegs frei von strategischen Erwägungen, doch legt die parteihistorische und gegenwärtige Verankerung dieses Politikansatzes auch ein prinzipiengeleitetes Interesse an der Umsetzung solcher Maßnahmen nahe.

### *Grundsatzpapiere und Kandidatinnennominierung*

In ihrer aktuellen Parteisatzung (DPJ 16.09.2014a) schreibt die DPJ unter den Zusatzbestimmungen: »Die Partei strebt eine geschlechtergerechte Gesellschaft an und ist darauf bedacht, bei der Geschäftsführung als auch den allgemeinen Aktivitäten der Partei für beide Geschlechter ausgeglichene Beteiligungsmöglichkeiten sicherzustellen« (Kapitel 1, Artikel 1). In den weiterführenden Richtlinien zur Organisationsstruktur (DPJ 09.02.2014), zur Wahl des Parteivorsitzes (DPJ 16.09.2014b) sowie zur Parteiethik (DPJ 26.06.2011) finden sich jedoch keine Verweise auf diese Bestrebung. Lediglich die 2015 verabschiedete Richtlinie zur Prävention von sexueller Belästigung im Parlament beinhaltet eine geschlechtergerechte Besetzung von Ausschüssen, die sich mit Belästigungsvorwürfen befassen (DPJ 01.03.2015).

Bezüglich der Nominierung von Kandidatinnen wird in der Parteisatzung (Artikel 18) lediglich der formale Ablauf des Nominierungsprozesses festgeschrieben. Weiterführende Richtlinien bestimmt der Parteivorstand individuell von Wahl zu Wahl, allerdings sind diese zumindest für die Öffentlichkeit nicht einheitlich dokumentiert.<sup>3</sup> Die erste nachvollziehbare Regelung beschloss der Vorstand im Juli 2005 mit der »Nominierungsrichtlinie für die Mehrheitswahlkreise der kommenden Oberhauswahl«. Diese sah für alle Wahlkreise mit drei oder mehr zu vergebenden Mandaten mindestens zwei Nominierungen vor, darunter eine Frau (siehe DPJ Handlungsrichtlinien 2006). Da dieser Beschluss jedoch auf eine Wahl beschränkt

<sup>3</sup> Beispielsweise plante die DPJ vor ihrer Neugründung laut Medienberichten eine 50-Prozent-Frauenquote für die Verhältniswahlliste zur Oberhauswahl im Juli 1998 (AS 16.11.1997). Die letztlich geltenden Regeln sind über die Webseite heute jedoch nicht mehr einsehbar und eine Umsetzung dieses Planes nicht erkennbar.

war, folgte im Oktober 2009 wiederum die »Nominierungsrichtlinie für die Oberhauswahl 2010« (DPJ 19.10.2009). Auch hier wurde die begrenzte Frauenquote übernommen, die Richtlinie für die Oberhauswahl 2013 ist jedoch nicht bekannt. Die tatsächlichen Nominierungen zeigen jedoch, dass die DPJ 2013 in allen sechs Quotenwahlkreisen jeweils lediglich eine Nominierung erreichte und nur im Wahlkreis Kanagawa mit Hiroe Makiyama eine Frau aufstellte. Im Wahljahr 2010 hingegen hatte die Partei ihren Vorsatz erfüllt.

Für die Unterhauswahlen wiederum wurde 2005 die unbestimmt gültige »Richtlinie zur Kandidatinnenauswahl für Unterhauswahlen« formuliert (DPJ 08.11.2005). Ob diese Richtlinie vor den Unterhauswahlen 2012 und 2014 möglicherweise ersetzt wurde, ist anhand der veröffentlichten Parteidokumente nicht nachvollziehbar. Eine besondere Berücksichtigung von Frauen wird darin jedenfalls nicht festgeschrieben. Ein möglicher Wandel kündigt sich diesbezüglich für die Unterhauswahl 2018 an: Auf einer Vorstandssitzung Ende April 2015 wurde für die kommenden Nominierungen bereits ein Entwurf zur Vorgehensweise und den Richtlinien angefertigt, der neben der Aussicht auf Wahlerfolg auch die aktive Nominierung von Frauen zu den Grundgedanken zählt (DPJ 27.04.2014). Ob über diesen Plan hinaus noch eine finale Nominierungsrichtlinie beschlossen wird, ist jedoch ungewiss.

So verspricht zwar die Frauenquote für die Oberhauswahlen 2007 und 2010 auch für die Einführung einer Frauenquote bei Unterhauswahlen ein gewisses Potenzial. Die in den Grundsatzpapieren fehlende Regelung von Nominierungen und die daher mit jeder Wahl neu getroffenen Entscheidungen hingegen lassen Zweifel an der Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit einer möglichen Gleichberechtigungsgarantie entstehen.

### ***Politische Standpunkte – bisherige Relevanz***

Der erste verfügbare Rechenschaftsbericht des Parteivorstandes zu den Aktivitäten der Partei im Jahr 1999 stellt bereits verschiedene Maßnahmen zur Förderung von Frauen in der Politik vor, auf die die Partei auch in den Folgejahren immer wieder zurückgreift.<sup>4</sup> Beispielsweise richtete sie eine »Politikuniversität für Frauen« (Josei

<sup>4</sup> Der Rechenschaftsbericht 1999 sowie die Handlungsrichtlinien 2000 wurden separat im Nachrichtenarchiv der DPJ gefunden, die Jahre 2001/2 bis 2010/11 sind gesammelt auf den Archivseiten unter »Parteitagbeschlüsse« zu finden, die Jahre 2010/11 bis 2014/15 auf der aktuellen Webseite unter »Grundlegende Parteiinformationen: Parteitagbeschlüsse«; Links siehe Literaturverzeichnis (DPJ diverse Jahre).

no tame no Seiji Daigaku) ein, in der sich politikinteressierte Frauen mit Parteifunktionärinnen und Expertinnen austauschen und das politische Geschäft kennenlernen können. Unter wechselnden Namen – später häufig »Politikschule« (*seiji sukūru*) – taucht dieser Ansatz auch in den folgenden Richtlinien und Berichten immer wieder auf.<sup>5</sup> Darüber hinaus gibt es vor allem Maßnahmen zur Unterstützung von bereits nominierten Frauen: Zur finanziellen Unterstützung hat die DPJ 1999 einen Fonds eingerichtet, der als »Water & Seeds Fonds« auch heute noch eine wichtige Fördermaßnahme für weibliche Kandidatinnen der Partei darstellt und in nahezu allen Handlungsrichtlinien hervorgehoben wird. Daneben werden die Kandidatinnen vor allem wahlstrategisch und im eigentlichen Wahlkampf unterstützt.<sup>6</sup> Die Unterstützung bereits nominierten Kandidatinnen ist bis zu den heutigen Handlungsrichtlinien eine wichtige Säule der Gleichberechtigungsmaßnahmen, vor allem aber in der ersten Hälfte der 2000er Jahre ist diese Herangehensweise charakteristisch. Trotz dieses Schwerpunktes werden aber auch in dieser Phase bereits Ansätze zur aktiven Rekrutierung von Frauen deutlich. Beispielsweise wird im Rechenschaftsbericht 1999 die durchgeführte öffentliche Ausschreibung für Frauen hervorgehoben und in den Handlungsrichtlinien 2002 und 2003 heißt es im Rahmen der generellen Nachwuchsrekrutierung, dass basierend auf dem Prinzip der Gleichberechtigung von Männern und Frauen aktiv weibliche Kandidatinnen rekrutiert würden. Darüber hinaus werden in den Handlungsrichtlinien für 2000 auch grundlegende Überlegungen zur Gleichberechtigung der Geschlechter angestellt. Die DPJ distanziert sich darin von Genderstereotypen und strebe demnach eine Gesellschaft an, in der eine größtmögliche Entfaltung der Persönlichkeit und der eigenen Fähigkeiten geschlechtsunabhängig möglich sei. Als Motiv für die Förderung weiblicher Kandidatinnen sind in den Richtlinien danach jedoch die Wähle-

<sup>5</sup> Häufig sind diese Politikschulen regional eingebettet, so z. B. auch ein junges Projekt des DPJ-Präfekturverbandes Miyagi in Kooperation mit anderen nördlichen Präfekturverbänden, die »Politikschule für Frauen in Tōhoku«, welche im Frühjahr 2014 ihren ersten Durchgang startete (DP Miyagi 20.02.2014).

<sup>6</sup> Besonders deutlich wird dies im Rechenschaftsbericht für das Wahljahr 2001, der unter dem Punkt zur Gleichstellung der Geschlechter ausschließlich über die Unterstützung weiblicher Kandidatinnen zur Oberhauswahl berichtet. So richtete das Gender Equality Committee der DPJ eine Unterabteilung für weibliche Kandidatinnen innerhalb der Wahlkampfgruppe ein. Zu den Aktivitäten zählten vor allem landesweite Informationsveranstaltungen zur Wählerinnenwerbung, aber auch die Berichterstattung über die Wahlkampfaktivitäten auf der Parteiwebseite und die Beschaffung weiterer Wahlkampfmittel. Mit Blick auf die nächste Unterhauswahl wurden einige dieser Maßnahmen fast nahtlos fortgeführt. 2002 wurde zudem eine »Wahlanleitung« für weibliche Kandidatinnen herausgegeben und für 2003 wurden zur Vorbereitung auf die nächste Unterhauswahl »Seminare für weibliche Kandidatinnen« geplant.

rinnenwerbung und die generelle Rekrutierung ausreichend vieler Kandidatinnen als vorrangig herauszulesen. Gleichberechtigungsgarantien werden nicht genannt.

Für beides deutet sich zunächst in den Jahren 2005 und 2006 ein Wandel an. So heißt es in den Handlungsrichtlinien für 2005: »Die Realisierung einer geschlechtergerechten Gesellschaft ist ein grundlegendes Prinzip der Partei und vor diesem Hintergrund ist die Beteiligung von Frauen in der Politik ein wichtiger Schritt.« Im selben Jahr beschließt der Parteivorstand die erwähnte Nominierungsregel für das Oberhaus, die eine Frauenquote für ausgewählte Wahlkreise vorsieht. Diese neue Regel wird in den Handlungsrichtlinien 2006 vorgestellt und für die Oberhauswahl 2007 als gültig bekräftigt. Diese neue Herangehensweise an das Thema Frauenförderung setzt sich auch in den Handlungsrichtlinien für 2007 fort, in den Jahren 2008 bis 2012 wird dem Thema Gleichberechtigung jedoch vergleichsweise wenig Raum eingeräumt. Erst im Rechenschaftsbericht 2012 werden parteiinterne Studiengruppen und ein Meinungsaustausch bezüglich eines Quotensystems erwähnt und in den Handlungsrichtlinien für 2014 verfestigt sich dieses Vorhaben: Die gesamte Partei setze sich dafür ein, die nationale Agenda 202030 zu realisieren. Neben den bekannten Maßnahmen zur Unterstützung von bereits nominierten Kandidatinnen heißt es, dass zukünftige Maßnahmen für mehr weibliche Kandidatinnen – darunter das Quotensystem – umfassend erörtert würden. In den Handlungsrichtlinien 2015 avancieren Frauen schließlich zu einem omnipräsenten Thema: Die Partei solle unter anderem mit der Kraft der Frauen wieder aufgebaut werden, für die kommunalen Wahlen gäbe es eine öffentliche Ausschreibung für Frauen und im Unterpunkt zur geschlechtlichen Gleichberechtigung werden wieder die Agenda 202030 sowie die dahingehenden Bemühungen der DPJ vergleichsweise breit ausgeführt, darunter auch die angestrebte Einführung des Quotensystems.

Die gegenwärtigen Bestrebungen, ein parteiinternes Quotensystem einzuführen, können in diesem Verlauf als Höhepunkt bezeichnet werden. Allerdings zeigt sich auch, dass geschlechtliche Gleichberechtigung und die Förderung von Frauen in der Politik bereits lang etablierte Themen der DPJ sind.

### ***Gegenwärtige Relevanz und parteiinterne Akzeptanz des Themas***

Bereits im Februar 2013 wurde ein erster Entwurf für den Parteireformplan beschlossen (DPJ 24.02.2013), der auch die Zusage enthält, bei Wahlen jeder Wahlstufe das System der öffentlichen Ausschreibung anzuwenden und unabhängig vom Geschlecht stets das beste Personal sicherzustellen. Zudem werde eine Erhöhung der Zahl weiblicher Abgeordneter und Kandidatinnen angestrebt. Das Gender

Equality Committee der DPJ konkretisiert diese Ziele und überreicht dem Parteivorstand im Februar 2014 die »Empfehlungen für die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen zur Unterstützung und Stärkung weiblicher Kandidatinnen« (DPJ GEC 03.02.2014). Darin wird als erster von sechs Punkten die Etablierung einer Frauenquote angeführt. Gefordert wird eine offizielle Parteirichtlinie zur Nominierung von Frauen mit konkreten numerischen Zielen. Darüber hinaus werden Stufenziele für die Nominierungen auf den verschiedenen Wahlebenen vorgeschlagen.

Der finale Parteireformplan vom Juli 2014 greift diese Empfehlungen auf und kündigt unter Artikel 3 – »Eine Partei der geschlechtlichen Gleichberechtigung« – die Ausarbeitung einer konkreten Richtlinie an, darunter auch hier die Einführung einer parteiinternen Quote für Kandidatinnen (DPJ 25.07.2014). In dem bereits zitierten Interview weist Yōichi Funabashi (Vorsitzender des zuständigen DPJ-Komitees) darauf hin, dass es diese Forderung nach einem Quotensystem innerhalb der DPJ bereits lange gäbe und der Reformplan die Aufforderung sei, dieses Vorhaben endlich umzusetzen. Laut Funabashi plane die DPJ die Umsetzung des Quotensystems beginnend mit den Kommunalwahlen 2015 (DPJ 19.08.2014).

Im Oktober 2014 erhielten diese Forderungen schließlich nochmal Nachdruck durch ein Papier von neun ehemaligen weiblichen Abgeordneten des Unter- und Oberhauses, welches sie dem damaligen Parteivorsitzenden Kaieda überreichten. Neben diversen Eingaben zum Thema Frauenförderung in der DPJ greift auch dieses Papier die Forderung nach einem Quotensystem erneut auf. Bei der Überreichung betont Kaieda, dass er das Quotensystem bis zur nächsten Wahl umsetzen wolle (DPJ 15.10.2014).

Mit der vorzeitigen Auflösung des Parlaments und der Neuwahl für das Unterhaus im Dezember 2014 nahm die DPJ aufgrund der Kurzfristigkeit vorerst jedoch Abstand von der Umsetzung. Allerdings äußerte Kaieda gegenüber Pressevertreterinnen, dass die DPJ weiterhin am 30-Prozent-Ziel festhalte und auch im damals aktuellen Nominierungsprozess noch um mehr weibliche Kandidatinnen bemüht sei (*Yomiuri online* 29.11.2014). In den Handlungsrichtlinien für 2015 wurde die Prüfung einer Quoteneinführung schließlich wieder aufgegriffen.

Diese Äußerungen und Beschlüsse markieren eine parteiinterne Entwicklung hin zu konkreter werdenden Aussagen zur potenziellen Einführung einer Frauenquote. Noch auf eine Anfrage der International Women's Year Liaison Group zu prozentualen Zielen bei der Förderung von Frauen innerhalb der Partei im Jahr 2013 hat die DPJ ausweichend geantwortet: Die DPJ rekrutiere qualifizierte Kandidatinnen unabhängig vom Geschlecht. Feste Zielvorgaben bräuchte man daher



nicht (IWYLG 20.07.2013). Bis 2015 hat sich das Bewusstsein offensichtlich stark gewandelt.

Dabei repräsentieren die Bekenntnisse nicht lediglich die Haltung des damaligen Parteivorsitzenden oder des Gender Equality Committee. Bereits die Zustimmung zu den Handlungsrichtlinien 2015 durch die auf dem Parteitag vertretene Parteibasis deutet einen breiten Konsens in der Partei an. Darüber hinaus sprachen sich auf einer Pressekonferenz im Januar 2015 alle drei Kandidaten für das Amt des Parteivorsitzenden (Katsuya Okada, Akira Nagatsuma und Gōshi Hosono) für die aktive Förderung von Frauen in der Politik aus (AS 16.01.2015). In seiner Bewerbung auf das Amt befürwortete der letztliche Wahlsieger Okada (07.01.2015) explizit die Einführung einer Quote zur Erhöhung der Repräsentation von Frauen in der DPJ.

Bestätigt wird der Parteikonsens auch durch eine Umfrage der Universität Tōkyō in Zusammenarbeit mit der Asahi Shinbun unter allen männlichen und weiblichen Kandidatinnen der DPJ vor der Unterhauswahl 2014 zur Haltung gegenüber der Aussage, die Regierung solle ein spezielles System einführen, um die Zahl der Frauen in sozial hohen sowie wirtschaftlich guten Positionen zu erhöhen. 55 Prozent der befragten DPJ-Kandidatinnen sprachen sich dafür aus, 38 Prozent beschrieben ihre Haltung der Aussage gegenüber als neutral oder enthielten sich (AS 2014).

Die aktuellen Entwicklungen zum Thema Frauenquote innerhalb der DPJ zeigen, dass hinter den öffentlichen Aussagen dazu auch tatsächlich Substanz steckt. Dabei zeigt die Partei diesbezüglich relativ große Einigkeit. Interessanterweise positionierte sich der aktuelle Parteivorsitzende Okada in der oben erwähnten Umfrage jedoch neutral. Im Vergleich zu seinen öffentlichen Aussagen während des Wahlkampfes um den Parteivorsitz zeigt sich hier eine Diskrepanz, so dass die Ernsthaftigkeit seiner verkündeten Bestrebungen zweifelhaft ist.

## 5.2 Wahlstrategische Motive

### *Frauenquote als Wahlkampfthema*

In ihrem ersten Wahlprogramm von 1996 nahm die DPJ eine klare Stellung ein: Sie bekennt sich zur geschlechtlichen Gleichberechtigung und schlägt im Zuge dessen eine Quotenregelung vor, damit Frauen ebenso wie Männer an der Gestaltung von Gesellschaft und Politik teilhaben. Dabei formuliert sie das langfristige Ziel von mindestens 30 Prozent weiblichen Parlamentsabgeordneten

auf nationaler Ebene (DPJ 1996: 14). Nach ihrer Neugründung rekurriert die inzwischen als konservativ eingestufte DPJ erstmals zur Unterhauswahl 2005 wieder auf diese Förderungsmaßnahme: Zusätzlich zu ihrem Wahlprogramm veröffentlicht sie in diesem Jahr mit dem »Index 2005« eine Beschreibung konkreter politischer Maßnahmen, darunter die Schaffung eines Quotensystems (DPJ 2005). Im eigentlichen Wahlprogramm wird die geschlechtliche Gleichberechtigung allerdings nur beiläufig thematisiert. Gleiches gilt für die Wahlprogramme von 2007 und 2009: In beiden Dokumenten gibt es keinen eigenen Unterpunkt zur geschlechtlichen Gleichberechtigung. Dafür wird der Wortlaut aus dem »Index 2005« sowohl im »Index 2007« (DPJ 2007: 51–52) als auch im »Index 2009« (DPJ 2009: 4) teilweise unverändert übernommen.

Zur Oberhauswahl 2010 und Unterhauswahl 2012 veröffentlicht die DPJ keine Zusatzmaterialien. Die zuvor in den INDEX-Papieren enthaltenen Bekenntnisse zu einer Quotenregelung auf politischer Ebene werden in diesen Jahren nicht erneuert. Und auch das Thema geschlechtliche Gleichberechtigung wird in den beiden Wahlprogrammen nicht behandelt (DPJ 2010, 2012). Dabei ist der wohl auffälligste Unterschied zu den Jahren zuvor, dass die DPJ seit der Unterhauswahl 2009 in der Regierungsverantwortung war. Erst nachdem sie 2012 abgewählt wurde, greift sie das Thema geschlechtliche Gleichberechtigung wieder auf.

Im Wahlprogramm von 2013 (DPJ 2013a: 16) zeichnet die DPJ das Ideal einer geschlechtergerechten Gesellschaft. Zudem wurde ähnlich den früheren INDEX-Dokumenten eine Policy-Sammlung (DPJ 2013b) veröffentlicht, in der geschlechtliche Gleichberechtigung unter verschiedenen Aspekten diskutiert wird. Frauenquoten in der Politik werden jedoch nicht erwähnt. Zur Unterhauswahl 2014 erwägt die DPJ laut Wahlprogramm (DPJ 2014a: 7, 11) schließlich eine Quote für Frauen in Führungspositionen von Unternehmen. Frauenquoten für die politische Ebene hingegen werden – auch unter dem Punkt »politische Reformen« sowie in der Policy-Sammlung (DPJ 2014b) – nicht thematisiert, obwohl der Parteireformplan einschließlich der angestrebten Frauenquote bereits vorlag.

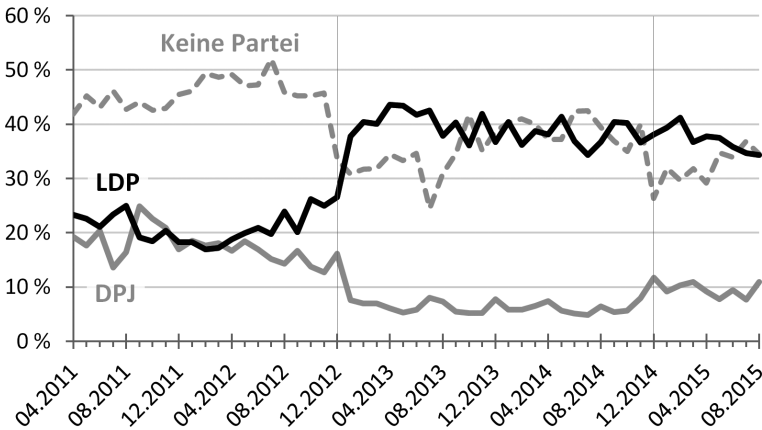
Grundsätzlich ist geschlechtliche Gleichberechtigung ein Thema, mit dem sich die DPJ in Wahlperioden profiliert – stärker jedoch in den Phasen, in denen sie in der Opposition ist. Auch das Thema Frauenquote wurde in den Wahlversprechen vor der Phase der Regierungsverantwortung angesprochen. Die in den Jahren 2013 und 2014 im Zuge des Reformplans parteiintern erkennbare Konkretisierung schlug sich allerdings nicht in den Publikationen zum Wahlkampf nieder. Tatsächlich scheint die Diskussion eher einer grundsätzlichen Haltungsfindung als wahlstrategischen Motiven zu folgen.

**Beliebtheitswerte**

In den Empfehlungen des *Gender Equality Committee* vom Februar 2014 heißt es: »Dass die DPJ eine Partei ist, die sich äußerst energisch für die politische Teilhabe von Frauen einsetzt, muss [...] als klare Botschaft nach innen und außen getragen werden, denn es hat großen Einfluss auf den Wiederaufbau der Partei und die Ausweitung ihrer Unterstützung« (DPJ GEC 03.02.2014: 1).

Insbesondere seit der Wahlniederlage der DPJ im Dezember 2012 dürfte diese Motivation gestärkt worden sein, denn die Unterstützungsrate der Partei ist von 16,1 Prozent im Dezember 2012 auf 7,6 Prozent im Januar 2013 gefallen (Abb. 2). Zwar schwankt die Unterstützung mit jeder Wahl und Regierungsbildung, eine einstellige Rate verzeichnete die DPJ in den Umfragen von NHK jedoch zuletzt im Oktober 2003 (9,9 %).

ABBILDUNG 2: Unterstützungsrate der DPJ – Trend seit April 2011



Quelle: »Monatsumfrage zum politischen Bewusstsein« (NHK 2015); Wortlaut der Frage nicht bekannt; fehlende Werte zu 100 Prozent: andere Parteien, weiß nicht/keine Angabe.

Zudem dauerte der neue Tiefstand an: Erst im Dezember 2014 – unmittelbar vor der Unterhauswahl – erreichte sie mit 11,7 Prozent zwischenzeitlich wieder den zweistelligen Bereich. Die DPJ befand sich also deutlich in der von Krook (2007: 377) geschilderten Situation einer drastisch sinkenden bzw. über längere Zeit hinweg stagnierenden Beliebtheit, von der sie sich bisher nicht nachhaltig erholen konnte. Ein besonderer Aufholbedarf bei Unterstützung durch Frauen besteht für die DPJ allerdings nicht. Während die LDP traditionell Schwierigkeiten hat, Frauen

für sich zu begeistern (Burden 2009), erzielte die DPJ laut Meinungsumfrage bei der Unterhauswahl 2012 im Verhältniswahlkreis bei Frauen und Männern einen nahezu identischen Stimmenanteil von etwa 16 Prozent; und auch in den Einerwahlkreisen lagen die Anteile mit 23 Prozent bei den Frauen und 24 Prozent bei den Männern nicht weit auseinander.<sup>7</sup> Die gezielte Etablierung bei weiblichen Wählerinnen dürfte demnach nur einen geringen Anreiz geboten haben. Als allgemeine Reformpolitik jedoch wurde die Einführung einer Frauenquote angesichts der anhaltenden niedrigen Beliebtheit der DPJ wahlstrategisch zunehmend interessant.

### ***Andere Parteien als Vorreiterinnen***

Die 1992 gegründete Japan New Party (JNP) gilt als erste Partei, die eine Frauenquote einführte (Gössmann et al. 2004: 191).<sup>8,9</sup> Allerdings löste sich die JNP im Dezember 1994 bereits wieder auf und zog mit ihrem Vorstoß keine Nachahmerinnen nach sich (Eto 2010: 191).

In den Parteiregularien der Sozialdemokratischen Partei Japans (SDPJ) findet sich unter Artikel 3 »Prinzip Quotensystem« der Passus, dass Frauen und andere gesellschaftlich schwach gestellte Gruppen über eine Quote aktiv an der Politikgestaltung beteiligt werden sollen (SDPJ 2006). Auf eine Anfrage der Alliance of Feminist Representatives an politische Parteien zu Frauenquoten in der Politik im Vorfeld der Oberhauswahl 2010 heißt es, dass eine Frauenquote implementiert sei. Dabei werde ein Frauenanteil von 40 bis 60 Prozent angestrebt. Zudem werde pro Präfektur mindestens eine Frau als Vertreterin auf den Parteitag gesandt und von den drei höchsten Parteiämtern müsse mindestens eines durch eine Frau besetzt sein (AFER 29.08.2010). Im Jahr 2013 antwortete die SDPJ auf eine ähnliche Parteiumfrage der *International Women's Year Liaison Group*, dass sie ein Quotensystem gern gesetzlich

<sup>7</sup> Eigene Berechnung basierend auf The UTokyo-Asahi Survey 2012 (Taniguchi 2013); Fragen: Für welche Partei haben Sie im Verhältniswahlkreis gestimmt?, Für die Kandidatin welcher Partei haben Sie gestimmt?; Da es sich um eine Stichprobe handelt, weichen die Anteilswerte der Parteien in der Meinungsumfrage vom tatsächlichen Endergebnis ab. Auch eine größere Differenz der DPJ-Anteilswerte bei Frauen und Männern kann basierend auf dieser Stichprobe mit insgesamt 1472 gültigen Fällen bei der Verhältniswahl und 1442 gültigen Fällen für die Einerwahlkreise selbstverständlich nicht ausgeschlossen werden.

<sup>8</sup> Diese Quote bezog sich jedoch auf Parteifunktionärinnen und nicht auf Kandidatinnennominierungen. 20 Prozent (Gössmann et al. (2004: 191) sprechen von 30 Prozent) der Parteivorsitzenden und Komiteesitze sollten mindestens an Frauen gehen. Diese Zahl sollte dann bis zum Jahr 2000 schrittweise auf 40 Prozent erhöht werden (Eto 2010: 191).

<sup>9</sup> Ein Artikel auf der DPJ Website spricht von der SDPJ als erste Partei mit Frauenquote, bereits in den 1980er Jahren (DPJ 07.11.2014). Hierfür ließen sich jedoch bislang keine weiteren Belege finden.

verankert sehe und auch eine Reform des Wahlsystems hin zur Verhältniswahl als begleitendes Instrument der Frauenförderung anstrebe (IWYLG 20.07.2013).

Am ehesten in der Lage, die DPJ in Zugzwang zu setzen, ist aufgrund ihrer politischen Dominanz jedoch die LDP. Schon 2006 unter Abe (im Zuge des zweiten Basic Gender Action Plans) formulierte sie das Ziel der Repräsentation von Frauen in verschiedenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen von mindestens 30 Prozent bis 2020 (KPJ 22.06.2007). In der 2013er Parteiumfrage wurde dies bestätigt, allerdings ohne sich explizit für die Einführung einer Quote auszusprechen. Betont wird in der Antwort, dass politische Eignung geschlechtsunabhängig sei und dies gegen eine feste geschlechtsabhängige Quote spreche (IWYLG 20.07.2013). In der Wahrnehmung der Wählerinnenschaft dürfte die explizite Ablehnung einer gesetzlich oder parteiintern verankerten Quote weniger bekannt sein als das öffentliche Bekenntnis zur weich formulierten »Beteiligungsquote« von 30 Prozent bis 2020. Zusammen mit den Womenomics kann so durchaus der Eindruck einer proaktiven Frauenförderung über konkrete Instrumente entstehen – ohne dass dies notwendigerweise tatsächlich der Fall ist. Jenseits der politischen Sphäre hat die LDP-Regierung im Oktober 2014 allerdings einen Gesetzentwurf im Kabinett angenommen, der Unternehmen ab 300 Mitarbeiterinnen verpflichtet, eine selbstgewählte Quote einzuführen und zu veröffentlichen (DPJ 17.10.2014). Die Themenführerinnenschaft wird so von der LDP deutlich und medienwirksam beansprucht.

Die LDP-Koalitionspartnerin Kōmeitō befürwortet die Förderung von Frauen prinzipiell, die Quote im Speziellen jedoch nicht, ebenfalls mit dem Verweis auf die Bedeutung der Kompetenz der individuellen Kandidatin (IWYLG 20.07.2013).

Die Kommunistische Partei Japans (KPJ) hat selbst keine Frauenquote in den Parteiregularien und spricht sich auch nicht dafür aus. Auf eine Anfrage des Japan Accountability Caucus for the Beijing Conference 2007 hat sie in der Antwort vorsichtig Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit von Frauenquoten formuliert (JACBC 2007). Zudem verweist sie auf die vergleichsweise gute zahlenmäßige Repräsentation von Frauen in der eigenen Partei und sieht politische Parteien prinzipiell in der Pflicht, dass 30-Prozent-Ziel bis 2020 mitzutragen (IWYLG 20.07.2013).

Andere Parteien, die auf entsprechende Anfragen reagiert haben, selbst aber keine innerparteilichen Frauenquoten haben, sind die Grüne Partei (Midori no Tō) und die Partei des Lebens und Tarō Yamamoto und Freunde (Seikatsu no Tō to Yamamoto Tarō to Nakamatachi), eine Nachfolgepartei der Tomorrow Party of Japan (TPJ; Mirai no Tō) aktuell unter dem Vorsitz des ehemaligen DPJ-Parteichefs Ichirō Ozawa. Letztere begrüßt grundsätzlich eine Quotenregelung zur besseren Beteiligung von Frauen (IWYLG 20.07.2013).

Eine Ausnahme in der Parteienlandschaft bildete die Partei Your Party, welche im Jahr 2014 die Einführung einer 25-Prozent-Frauenquote für lokale und nationale Wahlen ab Frühling 2015 beschloss, jedoch im November 2014 nach 5 Jahren Parteigeschichte noch vor der Unterhauswahl wieder aufgelöst wurde (AS 09.07.2014).

Hatten andere Parteien die Möglichkeit, in eine Vorreiterinnenrolle zu gehen, die die DPJ zum Nachziehen zwingt? Das Beispiel der Your Party wurde zwar medial und auch in der DPJ beachtet. Die DPJ diskutierte am 8. Oktober 2014 während einer Studiengruppensitzung der Gender Equality Promotion Headquarters der DPJ<sup>10</sup> zum Quotensystem Your Party als progressives Beispiel (DPJ 07.11.2014). Allerdings geht der größere Einfluss sicher von der Positionierung der LDP aus. Deren Zusammenspiel einer vagen Quotenaussage auf politischer Ebene, der Einführung einer Quote für Großunternehmen und der *Womenomics* macht die LDP zu einer Konkurrentin.

### ***Abgrenzung von Konkurrenzparteien***

Parteiintern reflektiert die DPJ immer wieder die Aktivitäten der LDP. In einem Beitrag in der Parteizeitung kurz nach der Veröffentlichung der Empfehlungen des Komitees Anfang 2014 hält die damalige Vorsitzende des Gender Equality Committee fest: Während in der DPJ in den letzten Jahren der Frauenanteil gesunken sei und daher auch der Antrieb für Maßnahmen zur geschlechtlichen Gleichberechtigung leicht abnahm, habe die LDP-Regierung nicht nur ihren bekannten Slogan »Eine Gesellschaft schaffen, in der Frauen glänzen können« hervorgebracht, sondern auch verschiedene andere Maßnahmen zur Frauenförderung in ihre Forderungen aufgenommen (DPJ 07.03.2014). Und auch auf der Vorstandssitzung der Gender Equality Promotion Headquarters bemüht DPJ-Generalsekretär Edano große Worte, um das Vorreiterinnenbewusstsein der Partei zu stärken: »Von *unserer* Partei ging die Förderung einer geschlechtergerechten Teilnahme aus [wörtlich: *honke honmoto*] [...]. Nur leider wurde das den Bürgerinnen nicht ausreichend überliefert [...]. Kein oberflächliches Gerede, wie es das Kabinett Abe betreibt. Wir sind diejenigen, die die wesentlichen Dinge vorangetrieben haben und mit diesem Selbstvertrauen werden wir uns gleichzeitig darum bemühen, dies auch ausdrücklich zu vermitteln« (DPJ 08.10.2014).

<sup>10</sup> Im Oktober 2014 wurde das *Gender Equality Committee* durch die *Gender Equality Promotion Headquarters* ersetzt. Das neue Organ ist direkt dem Parteivorsitzenden unterstellt (DPJ 08.10.2014).

So wurde beispielsweise an dem Tag, an dem die LDP im Kabinett den oben erwähnten Gesetzentwurf zur Frauenquote in Großunternehmen beschloss, in einer öffentlichen Wahlkampfveranstaltung von Edano und mehreren weiblichen Abgeordneten Bezug auf diesen genommen. Auf der Veranstaltung heben die DPJ-Politikerinnen insbesondere das Thema Frauen in der Politik und natürlich die von der Partei angestrebte Quote hervor (DPJ 17.10.2014). Dabei findet zunächst Generalsekretär Edano ungewöhnlich deutliche Worte: »Obwohl das Parlament der Ort ist, an dem die Meinungen der Bürgerinnen zusammenkommen, machen Männer dort einen überwältigenden Teil aus, so dass nur von einem für ein Parlament unnatürlichen Zustand die Rede sein kann. Gegenwärtig überprüfen wir die Einführung eines Quotensystems auf Parteiebene [...].« In den Worten der stellvertretenden Vorsitzenden Mieko Kamimoto hört sich die Frauenquote dann sogar schon beschlossen an: »Wir setzen uns dafür ein, dass die mit Blick auf die Gesellschaft viel zu sehr in die Schräglage geratene Zusammensetzung des Parlaments korrigiert wird, bei den nächsten nationalen Wahlen über 30 Prozent weibliche Kandidatinnen nominiert werden und auch der Frauenanteil im Parlament auf 30 Prozent steigt.« Und schließlich kritisiert die stellvertretende Generalsekretärin Kazuko Kōri den Gesetzentwurf der LDP: »Es steht fast gar nichts darin geschrieben; nachdem ein Zielwert festgelegt wurde, wird alles dem Unternehmen überlassen.«

In den offiziellen Pressekonferenzen der DPJ hingegen sind die Seitenhiebe in Richtung LDP subtiler. So auch bei der Bekanntgabe Banri Kaiedas, die DPJ habe begonnen, die Einführung eines Quotensystems zu überprüfen. Die Erhöhung des Frauenanteils im Parlament sei zwar eine Aufgabe, die parteiübergreifend gelöst werden müsse, die dahingehenden Bemühungen gingen nun aber zunächst von der DPJ aus (DPJ 06.10.2014). Generalsekretär Edano fügt wenige Tage später hinzu, dass die DPJ auch die anderen Parteien zu einer aktiven Überprüfung einer Quotenregel auffordern wolle (DPJ 16.10.2014) – in beiden Fällen eine vergleichsweise zurückhaltende Äußerung für eine Partei, die damit ihren Konkurrentinnen wahlstrategisch begegnen möchte. Demgegenüber berichtet der Vorsitzende Okada auf einer Pressekonferenz ausführlich zum Comeback der öffentlichen Ausschreibung, insbesondere zum geplanten ersten Durchgang nur für Frauen. Zur Umsetzung des Quotensystems hingegen könne er nichts Konkretes sagen (DPJ 27.03.2015).

Wie bei der Analyse der Handlungsrichtlinien wird auch hier deutlich, dass das Thema der geschlechtlichen Gleichberechtigung für die DPJ wichtig ist und zwar insbesondere ihre Beanspruchung der Vorreiterinnenrolle. Allerdings ist das von Edano geforderte Selbstvertrauen bei der Bewerbung des geplanten Quotensystems kaum oder nur dann erkennbar, wenn die LDP durch ihre eigenen Maßnahmen dazu herausfordert.

## *Öffentliche Meinung und Medienpräsenz*

Die sinkende Popularität, so die Annahme, gibt der DPJ den strategischen Anreiz, sich mit einem potenziell beliebten Reformthema wieder positiv ins Wählerinnengedächtnis zu rufen. Doch inwiefern ist das Thema Frauenquote dafür geeignet? Die im zweiten Kapitel erwähnte Meinungsumfrage des Kabinettsbüros hat gezeigt, dass an die Gleichstellung von Frauen durchaus positive Erwartungen bezüglich der substantiellen Repräsentation von Frauen in der Gesellschaft geknüpft sind. Auch deuten die Ergebnisse des World Values Survey auf eine vergleichsweise hohe normative Wertschätzung von geschlechtlicher Gleichberechtigung hin. So wurde in der derzeit aktuellen sechsten Welle (2010–2014) nach den grundlegenden Eigenschaften von Demokratie gefragt (WVS, Online Data Analysis). Auf einer Skala von 1 »gehört keinesfalls zur Demokratie« bis 10 »gehört in jedem Fall zur Demokratie« wurde die demokratische Bedeutsamkeit neun verschiedener Prämissen beurteilt. Dabei stuften 69 Prozent der Befragten in der japanischen Bevölkerung die Gleichberechtigung von Männern und Frauen als tendenziell wichtige Eigenschaft (Skalenspunkte 6 bis 10) ein – eine ähnliche Bedeutungszuschreibung wie für freie Wahlen mit 71 Prozent. Generell scheint die Förderung einer geschlechtergerechten Gesellschaft folglich ein gutes Thema für die Wählerinnenwerbung zu sein. Wie groß ist aber der Zuspruch für Maßnahmen, die über die Förderung hinaus auch eine Garantie geschlechtlicher Gleichstellung anstreben?

Ein möglicher Vorbehalt zeichnet sich ebenfalls im World Values Survey ab, der die Zustimmung abfragt zu der These »Alles in allem sind Männer bessere Politiker als Frauen« (WVS, Online Data Analysis). Während ein gutes Drittel (35 %) keine Meinung dazu hat, stimmt weit über ein Viertel (28 %) der Befragten dieser Aussage zu und lediglich 37 Prozent widersprechen der These. Unter dieser Annahme dürfte eine Frauenquote für das politische System aus Sicht der Bevölkerung nur begrenzt wünschenswert sein. Dies schlussfolgert auch Eto (2010: 193–195): Die in der Gesellschaft verankerten liberalen Prinzipien führten zu einer tendenziell kritischen Haltung gegenüber Quotenregelungen, insbesondere für politische Ämter. Dies würde durch eine Umfrage des Gender Equality Bureau Cabinet Office von 2004 bestätigt, wonach gerade einmal 20 Prozent der Frauen und 21 Prozent der Männer zustimmten, dass zur Erhöhung des Frauenanteils parteibasierte Quotenregeln eingeführt werden sollten. Und auch im Wahljahr 2014 war die Zustimmung zu Garantiemaßnahmen zur beruflichen Besserstellung von Frauen laut der repräsentativen Umfrage der Universität Tōkyō in Zusammenarbeit mit der Asahi Shinbun (AS 01.02.2015) insbesondere bei den DPJ-Unterstützerinnen gering: Auf einer Skala von 1 (»stimme zu«) bis 5 (»lehne ab«) positionieren sie sich nahezu neutral.



Darüber hinaus erfährt speziell das »Quotensystem« (*kuōtasei*) auch in den Medien nur wenig Aufmerksamkeit. In der Printausgabe der Asahi Shinbun (AS: Kikuzo II visual) enthielten im gesamten Jahr 2014 gerade einmal 30 Artikel diesen Begriff, in der Yomiuri Shinbun (YS: Yomidasu Rekishikan) wurde er in 13 Berichten erwähnt. Gegenüber dem Vorjahr ist das in beiden Fällen ein Anstieg, gemessen an den in den Datenbanken durchsuchbaren 270 bis 300 Tausend Artikeln pro Jahr und Zeitung ist das jedoch kein Indiz für eine nennenswerte Medienpräsenz.<sup>11</sup> Und auch inhaltlich sind die meisten Beiträge eher neutral, geben beispielsweise im Rahmen des Wahlkampfes sowohl den Argumenten der Befürworterinnen als auch der Gegnerinnen eines Quotensystems Raum, ohne diese zu kommentieren (AS 06.12.2014). Die einzige Auffälligkeit ist der häufige Blick aufs internationale Umfeld.

Sowohl die geringe Aufmerksamkeit der Medien als auch die zurückhaltende Einstellung der Bevölkerung selbst zeigen, dass das Mobilisierungspotenzial einer Gleichberechtigungsgarantie auf politischer Ebene begrenzt ist.

### 5.3 Andere politische Motive

#### *Machtkampf: Zentralisierung der Nominierungsentscheidung?*

Bereits mit der Einführung der sogenannten öffentlichen Ausschreibung von Kandidaturen zur Unterhauswahl 2000 hat die DPJ ihren Nominierungsprozess teilweise zentralisiert. Allerdings hat sich dies als nicht erfolgreich für die Rekrutierung von Frauen herausgestellt (Kopietz 2013). Zudem zeigen Beispiele in der Vergangenheit, dass die Rekrutierung von weiblichen Kandidatinnen stark an einzelne Persönlichkeiten wie z. B. Ichirō Ozawa gebunden ist. Während eine solche Patronagebeziehung nach wie vor auch für viele männliche Kandidaten wichtig ist, verschärft der ausbleibende Rekrutierungserfolg über die Parteizentrale die Abhängigkeit weiblicher Aspirantinnen von diesem Rekrutierungspfad und damit die Loyalitätsfrage insbesondere für Frauen. Dies könnte den Anreiz zur Einführung eines Quotensystems als Zentralisierungsmaßnahme geben: Die Bezeichnung der von Ichirō Ozawa rekrutierten weiblichen Abgeordneten als »Ozawa Girls« deutet bereits ein enges Loyalitätsverhältnis an. Für die Partei wird das insbesondere dann problematisch, wenn die betroffenen Abgeordneten vor die Wahl zwischen Partei

<sup>11</sup> Demgegenüber fällt beispielsweise der konkret mit den politischen Maßnahmen der Abe-Regierung zusammenhängende Begriff der »aktiven Frauen« (*josei katsuyaku*) – gemeint ist die wirtschaftliche Geschäftigkeit, die gefördert werden soll – im Jahr 2014 immerhin 153-mal (16-mal in 2013) in der Asahi Shinbun und 195-mal (22-mal in 2013) in der Yomiuri Shinbun.

und Mentorin gestellt werden, da sie befürchten muss, diese Wahl zu verlieren.<sup>12</sup> So versammelte Ozawa gut eine Woche bevor er im Juli 2012 schließlich aus der DPJ austrat, etwa 50 Abgeordnete und forderte diese in einer Ansprache auf, zum einen gegen den Gesetzentwurf zur Umsatzsteuererhöhung zu stimmen und zum anderen im Fall der Niederlage nicht vor einem Parteiaustritt zurückzuschrecken (*Aera* 02.07.2012). Als der Tag kam, schlossen sich von den insgesamt 23 Ozawa Girls immerhin sechs ihrem Mentor an und verließen die Partei. Zwar sorgten weniger die loyalen Ozawa Girls als die überraschend vielen parteitreuen Abgeordneten für Aufregung (*Aera* 09.07.2012), doch ist gerade diese Erwartungshaltung ein Hinweis auf einen Handlungsbedarf der Partei.

Einer dahingehenden konsequenten Einführung eines Quotensystems steht jedoch entgegen, dass die Handlungsmuster im Nominierungsprozess der DPJ stark pfadabhängig sind: So hat bereits der Fall der öffentlichen Ausschreibung gezeigt, dass die Parteizentrale den Kampf um die Nominierungshoheit nicht eindeutig für sich entscheiden konnte bzw. wollte (Kopietz 2013). Zudem lässt der derzeitige Parteivorsitzende Okada bezüglich der Effektivität einer Frauenquote in den Einerwahlkreisen Zweifel erkennen, da mit einer Quotenregelung bei der Nominierung noch kein Wahlsieg garantiert sei (DPJ 27.03.2015). Diese vorbehaltliche Äußerung deutet an, dass das Potenzial einer Frauenquote als Rekrutierungsinstrument gering geschätzt wird und damit wenig Anreiz als Zentralisierungsmaßnahme bietet.

### ***Mögliche Koalitionspartnerinnen***

Da die DPJ aktuell nicht in der Regierungsverantwortung steht, konzentriert sich die Frage nach dem Anpassungsdruck zwangsläufig auf vergangene und potenzielle Koalitionspartnerinnen. Angesichts der schwachen Stellung der DPJ wäre sie für eine Regierungsübernahme darauf angewiesen, sich Koalitionspartnerinnen anzupassen.

Im Zuge der Neuwahl des DPJ-Parteivorsitzenden im Januar 2015 kam die Japan Innovation Party (JIP; *Ishin no Tō*) als potenzielle zukünftige Koalitionspartei ins Gespräch (*NIKKEI Asian Review* 09.01.2015). Die JIP entstand aus dem Zusammenschluss der Japan Restoration Party (JRP; *Nippon Ishin no Kai*) mit der Unity Party (*Yui no Tō*), welche wiederum aus der Abspaltung der Your Party entstand, allerdings vor deren Beschluss zur Einführung einer Frauenquote. Sie ist gegenwärtig

<sup>12</sup> Tatsächlich appelliert auch Yōichi Funabashi im Rahmen der Reformbemühungen der DPJ für mehr Parteiverbundenheit (DPJ 19.08.2014).

tig die zweitstärkste Oppositionspartei im Unterhaus. Die JIP bekennt sich nicht bzw. diskutiert keine Frauenquote in Grundsatzdokumenten der Partei oder in den letzten beiden Wahlprogrammen.

Die KPJ, derzeit drittstärkste Oppositionspartei im Unterhaus und unter der DPJ-Regierung eine Koalitionspartnerin im Oberhaus, befürwortet zwar das 30-Prozent-Ziel bis 2020, sieht hierfür allerdings nicht die Notwendigkeit einer Quote (IWYLG 20.07.2013; JACBC 2007).

Die SDPJ war bis 2010 Koalitionspartnerin in der DPJ-Regierung. Sie spricht sich explizit für Frauenquoten aus und hat ein parteiinternes Quotensystem etabliert. Angesichts der geringen Stärke der SDPJ ist jedoch nicht zu erwarten, dass mögliche Koalitionsverhandlungen mit der DPJ von der Forderung nach einer Frauenquote abhängen.

Mit der Neuen Partei Japan (Shintō Nippon) bildete die DPJ eine Mehrheitsfraktion im Oberhaus, allerdings ist die Partei durch keine Abgeordneten mehr in Ober- oder Unterhaus vertreten. Auch die Neue Partei Daichi (Shintō Daichi) stellt derzeit keine eigene Abgeordnete auf nationaler Ebene, wird aber durch die inzwischen zur DPJ übergetretene Parteifunktionärin Takako Suzuki im Unterhaus vertreten.<sup>13</sup> Auf den Webseiten beider Parteien sind keinerlei Aussagen zur Frauenquote zu finden (Shintō Daichi 2015; Tanaka 2015).

Unter den potenziellen zukünftigen Koalitionspartnerinnen befindet sich keine Partei, die sich für eine Frauenquote stark macht und zugleich ausreichend politisches Gewicht hat, die DPJ zu einer Anpassung zu bewegen. Die Auseinandersetzung mit dem Thema Frauenquote zur Förderung politischer Allianzen und Koalitionen wird daher als Motiv ausgeschlossen.

### ***Internationaler Kontext***

Im Gegensatz zu den Regierungsparteien steht die DPJ als Opposition weniger in der Verantwortung, ihre parteiinterne Frauenpolitik im Kontext internationaler Konventionen oder Entwicklungen zu rechtfertigen (Eto 2010: 190). Andererseits könnte sie ihre Konformität mit internationalen Standpunkten sowie internationalen Beispielen instrumentalisieren, um die Regierung unter Druck zu setzen.

<sup>13</sup> Takako Suzuki ist offiziell Abgeordnete der DPJ, gleichzeitig bezeichnet sie sich jedoch auch als Parteifunktionärin der Neuen Partei Daichi und wird von dieser auf der Parteiwebsite als deren Vertretung im Unterhaus aufgeführt. Diese Doppelrolle wurde z. B. auch auf ihrem Wahlplakat zur Unterhauswahl 2014 kenntlich gemacht (Suzuki 2014).

Tatsächlich reagieren innerparteiliche Diskussionen und Stellungnahmen zum Thema auf einen wahrgenommenen Legitimitätsmangel der japanischen Politik. Beispielsweise wurde Miyoko Tsujimura, Professorin an der Graduate School of Law der Tōhoku Universität, zu einer parteiinternen Diskussionsrunde zum Thema Frauenquote eingeladen und wies darauf hin, dass Japan hinsichtlich der Förderung von Frauen in der Politik deutlich hinter internationalen Trends bleibe (DPJ 29.05.2014). Ebenso verweist die Vorsitzende des Gender Equality Committee Kazuko Kōri im Zuge der Empfehlungen zur Einführung einer Quote darauf, dass diese in über 100 Staaten eingeführt ist und Erfolge zeigt (DPJ 07.03.2014). Insgesamt scheint jedoch vornehmlich ein Lerninteresse zu bestehen: DPJ-Abgeordnete, die zuvor an einem Treffen des Netzwerks weiblicher Parlamentarierinnen teilgenommen hatten, kritisierten zunächst den noch zögerlichen Fortschritt ihrer Partei in der Frauenförderung und schlugen schließlich vor, sich als Beispiel die Einführung der Frauenquote in Südkorea genauer anzuschauen (DPJ 06.05.2010). Ende März 2015 wiederum organisierten die Gender Equality Promotion Headquarters eine parteiinterne Anhörung zu Frauenquotenregelungen in anderen Ländern (DPJ 25.03.2015).

Die DPJ zeigt sich offen gegenüber den Erfahrungen in anderen nationalen Kontexten. Insbesondere zeigt sich ein Interesse an positiven Beispielen, die die DPJ in ihrem Streben nach einer Frauenquote bestätigen. Eine strategische Motivation, diese externe Bestätigung zur besseren Positionierung gegenüber der LDP zu instrumentalisieren, ist jedoch nicht erkennbar.

## 6 Fazit und Ausblick

Die vorliegende Untersuchung hatte zum Ziel, die Motive nachzuzeichnen, welche auf die Entscheidung der DPJ für bzw. gegen eine parteiinterne Frauenquote einwirken. Welche Motive überwiegen: Ist die angestrebte Einführung der Frauenquote prinzipiengeleitet und lässt somit erwarten, dass die DPJ den Sequenzen Lovenduski folgend von Gleichberechtigungsförderung zu Gleichberechtigungsgarantien übergeht? Oder verfolgt die DPJ vielmehr andere Ziele, für die das Thema Frauenquote als strategisch wertvolles Instrument genutzt wird?

Wie von Strøm und Müller (1999: 11–12) vorausgesagt, hat die Untersuchung der parteiinternen und -externen Entwicklungen zum Thema Frauenquote in der DPJ gezeigt, dass prinzipiengeleitete und strategische Motive vielfältig miteinander verwoben sind. Mit Hilfe des Analyserahmens von Krook gelang es, diese getrennt voneinander zu betrachten und ihre parteiinterne Bedeutsamkeit zu erkennen.

Die parteihistorisch begründete ideologische Offenheit der DPJ gegenüber progressiven politischen Maßnahmen wie der Frauenquote bekräftigt die Annahme einer prinzipiengeleiteten Motivation. Geschlechtliche Gleichberechtigung und die Förderung von Frauen in der Politik sind bereits lang etablierte Themen der DPJ. Ebenso stecken hinter den öffentlichen Aussagen auch tatsächliche Substanz und parteiinterne Einigkeit. Dies deutet darauf hin, dass die DPJ mit der Frauenquote ein politisches Ziel thematisiert, welches ihrer politischen Überzeugung entspricht und wofür sie in der Öffentlichkeit als inhaltlich kompetent wahrgenommen werden will und die Themenführerinnenschaft beansprucht. Allerdings lassen die in den Grundsatzpapieren fehlende Regelung von Nominierungen und die daher mit jeder Wahl neu getroffenen Entscheidungen Zweifel an der zu erwartenden Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit entstehen.

Die alternative Vermutung, dass der aktuelle Vorstoß vornehmlich wahlstrategisch motiviert war, lässt sich jedoch ebenfalls nur bedingt bestätigen. So wird die im neu aufgelegten Reformplan prominente Frauenquote nicht einmal im Wahlprogramm erwähnt. Dabei legen die schlechten Unterstützungswerte der DPJ seit Verlust der Regierungsverantwortung einen deutlichen Handlungsbedarf zur Wählerinnenmobilisierung nahe. Sowohl die geringe Aufmerksamkeit der Medien als auch die zurückhaltende Einstellung der Bevölkerung bezüglich konkreter Garantiemaßnahmen wiederum zeigen, dass das Potenzial zur Wählerinnenmobilisierung begrenzt ist. Dies könnte erklären, weshalb die DPJ zwar stark auf ihr Reformimage rekurriert und geschlechtliche Gleichberechtigung thematisiert, die Frauenquote selbst jedoch nur zurückhaltend als wahlstrategisches Mittel einsetzt.

Dennoch hat die Analyse der Konkurrenzsituation gezeigt, dass sie vereinzelt doch darauf zurückgreift – nämlich dann, wenn sich die LDP mit frauenfördernden Maßnahmen in den Vordergrund drängt. Während eine Ansteckungsgefahr durch die Vorbilder der kleineren Parteien gering scheint, wird vor allem parteiintern regelmäßig die Notwendigkeit hervorgehoben, sich mit dem Thema Frauenförderung von der LDP abzugrenzen. Die starke Thematisierung frauenfördernder Maßnahmen durch die LDP vor allem im Rahmen der Womenomics erschwert dieses Vorhaben jedoch. Insbesondere das proklamierte Ziel einer mindestens 30-prozentigen Beteiligung bis 2020 auf allen gesellschaftlichen Ebenen fordert die DPJ heraus. Der Anreiz für die DPJ, ihre Themenführerinnenschaft auf dem Gebiet der Frauenförderung zu verteidigen, könnte damit das ausschlaggebende Motiv bei der Umsetzung der Frauenquote sein. Für eine Prognose kommt folglich der zukünftigen Entwicklung der LDP eine wichtige Rolle zu. Während die prinzipiengeleitete Grundmotivation in der DPJ vorhanden ist, bleibt eine zügige Umsetzung ohne diesen wahlstrategischen Anreiz fragwürdig.

## Literatur

- Abe, Shinzō (26.09.2013), *Address at The Sixty-Eighth Session of The General Assembly of The United Nations*, [http://japan.kantei.go.jp/96\\_abe/statement/201309/26generaldebate\\_e.html](http://japan.kantei.go.jp/96_abe/statement/201309/26generaldebate_e.html) (03.05.2015).
- Aera (02.07.2012), »Uragiri to ›Furin Kisu‹ no Kankei: Ozawa Gāruzu no Daihyōkaku« [Von Verrat und ›unmoralischem Kuss‹: die Ozawa Girls], S. 78.
- Aera (09.07.2012), »Ozawa Shintō‹ nayamasu Kane to Onna: Gāruzu Uragiri no ›500-man En‹, Jōhōsen no ›300-man En« [Frauen und Geld plagen die ›Neue Ozawa Partei‹: ›5 Mio. Yen‹ durch den Verrat der Ozawa Girls, ›3 Mio. Yen‹ für die Informationsschlacht], S. 17.
- AFER (Alliance of Feminist Representatives, Zenkoku Feminisuto Giin Renmei) (29.08.2010), *Nihon no Seitō no ōku ha Kuōtasei o mushi: Kuōtasei ni tsuite no Seitō Ankēto o shite* [Der Großteil der politischen Parteien Japans ignoriert das Quotensystem: Umfrage unter politischen Parteien zum Quotensystem], <http://www.afer.jp/news/2010/0916/> (25.05.2015).
- Ansolabehere, Stephen und Shanto Iyengar (1994), »Riding the Wave and Claiming Ownership Over Issues: The Joint Effects of Advertising and News Coverage in Campaigns«, in: *The Public Opinion Quarterly*, 58 (3): 335–357.
- AS (*Asahi Shinbun*) (k. A.), »Kikuzō II Bijuaru: Asahi Shinbun Kiji Dēta Bēsu« [Kikuzō II Visual: Artikeldatenbank der Asahi Shinbun], Lizenz über CrossAsia, <http://erf.sbb.spk-berlin.de/han/asahishinbun/> (28.07.2015).
- AS (*Asahi Shinbun*) (16.11.1997), »San›insen no Hireiku Kōho, Danjo Hanhan ni: Minshutō, Chōsei Sagyō ni hairu« [Die Kandidierenden der Verhältniswahlliste zur Oberhauswahl, hin zur Parität zwischen Männern und Frauen: DPJ begibt sich in Anpassungsbemühungen], Morgenausgabe Tōkyō, S. 2.
- AS (*Asahi Shinbun*) online (2014), »Seisaku kadai ›Seitō, Kōhōsha no Sutansu ha« [Politische Themen ›Die Position der politischen Parteien und Kandidierenden‹], <http://www.asahi.com/senkyo/sousenkyo47/asahitodai/> (25.05.2015).
- AS (*Asahi Shinbun*) online (09.07.2014), »Minna no Tō ›Kuōtasei‹ Dōnyū he Josei no Seiji Shinshutsu unagasu« [Minna no tō führt ›Quotenregel‹ ein: Die politische Teilhabe von Frauen vorantreiben], <http://www.asahi.com/articles/ASG7953M7G79UTFK001.html> (28.04.2015).
- AS (*Asahi Shinbun*) (06.12.2014), »(2014 Shūinsen @ Aichi) Josei Giin kuōtasei, Iken wareru: Shōwaku de Enzetsukai / Aichi-ken« [(Unterhauswahl 2014 in Aichi) Quotensystem für weibliche Abgeordnete, Meinungen gehen auseinander: Vortragsveranstaltung im Bezirk Shōwa / Präfektur Aichi], Morgenausgabe Nagoya, S. 29.
- AS (*Asahi Shinbun*) (16.01.2015), »3 Kōho ›Josei Sekkyoku Tōyō‹, Minshutō Daihyōsen« [3 Kandidaten: ›Frauen aktiv fördern‹, DPJ-Parteivorsitzwahl], Morgenausgabe Tōkyō, S. 4.

- AS (*Asahi Shinbun*) (01.02.2015), »Takushita omoi, Giin to Zure, Sakunenmatsu no Shūinsen Ankēto Bunseki« [Kluft zwischen dem anvertrauten Willen und den Abgeordneten: Auswertung der Umfrage zu den Unterhauswahlen Ende 2014], Morgenausgabe Tōkyō, S. 5.
- Asano, Masahiko (2006), *Shimin Shakai ni okeru Seido Kaikaku: Senkyo Seido to Kōhosha Rikurūto* [Reformen in der Zivilgesellschaft: Das Wahlsystem und die Kandidatinnenrekutierung], Tōkyō: Keio University Press.
- Buckley, Fiona (2013), »Women and Politics in Ireland: The Road to Sex Quotas«, in: *Irish Political Studies*, 28 (3): 341–359.
- Burden, Barry C. (2009), »The Puzzle of the Japanese Gender Gap in Liberal Democratic Party Support«, in: Steven R. Reed, Kenneth Mori McElwain und Kay Shimizu (Hg.), *Political Change in Japan: Electoral Behavior, Party Realignment, and the Koizumi Reforms*, Stanford: Shorenstein APARC, S. 221–237.
- CAO (Cabinet Office) (2014), »Josei no Katsuyaku Suishin ni kann suru Yoronchōsa« no Gaiyō [Zusammenfassung der »Meinungsumfrage zur Förderung der Gleichstellung von Frauen«], <http://survey.gov-online.go.jp/h26/h26-joseikatsuyaku/gairyaku.pdf> (01.05.2015).
- Caul, Miki (2001), »Political Parties and the Adoption of Candidate Gender Quotas: A Cross-National Analysis«, in: *The Journal of Politics*, 63 (4): 1214–1229.
- Dalton, Emma (2008), »The Utilization of Discourses of Femininity by Japanese Politicians: Tanaka Makiko Case Study«, in: *Graduate Journal of Asia-Pacific Studies*, 6 (1): 51–65.
- Dalton, Emma (2012), *A Masculinized Party Culture: Obstacles Facing Women in Japan's Liberal Democratic Party*, <http://artsonline.monash.edu.au/mai/files/2012/07/emmadalton.pdf> (15.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (diverse Jahre), *Katsudō Hōshin* [Handlungsrichtlinien], *Katsudō Hōkoku* [Rechenschaftsbericht], 1999/2000 <http://www1.dpj.or.jp/news/?num=8822>, <http://www1.dpj.or.jp/news/?num=8823> (04.08.2015), 2001/2 bis 2010/11 über <http://archive.dpj.or.jp/governance/taikai/index.html> (04.08.2015), 2010/11 bis 2014/15 über <https://www.dpj.or.jp/about> (04.08.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (1996), *Mirai to no Keiyaku: 1996-nen Sōsenkyo Seisaku* [Vereinbarung für die Zukunft: Politiklinien für die allgemeinen Wahlen 1996], <http://web.archive.org/web/20050322115654/http://www.pac.sfc.keio.ac.jp/manifesto/pdf/19960dp.pdf> (09.08.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (1998), *Our Basic Philosophy: Building a Free and Secure Society*, [http://www.dpj.or.jp/english/about\\_us/philosophy.html](http://www.dpj.or.jp/english/about_us/philosophy.html) (26.07.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (2005), *Minshutō Seisaku INDEX 2005: Nihon o akiramenai* [DPJ Index politischer Maßnahmen 2005: Japan nicht aufgeben], [http://archive.dpj.or.jp/policy/manifesto/seisaku2005/02\\_02.html](http://archive.dpj.or.jp/policy/manifesto/seisaku2005/02_02.html) (17.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (08.11.2005), *Dai 351-kai Honbu Jōnin Kanjikai Shōnin: Shūgiin Senkyo Kōhosha Sentei Kijun ni tsuite* [351. Beschluss des ständigen Vorstands:

- Über die Auswahlprinzipien der Unterhauskandidierenden], <http://www.eda-jp.com/dpj/2005/051108.html> (15.09.2010).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (2007), *Minshutō Seisaku Index 2007* [DPJ Index politischer Maßnahmen 2007], [http://archive.dpj.or.jp/news/files/seisaku\\_index2007\\_2.pdf](http://archive.dpj.or.jp/news/files/seisaku_index2007_2.pdf) (17.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (2009), *Minshutō Seisakushū: Index 2009* [DPJ Policy Sammlung: Index 2009], <http://archive.dpj.or.jp/policy/manifesto/seisaku2009/img/INDEX2009.pdf> (17.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (19.10.2009), »*Dai 22-kai Sangiin Tsūjōsenkyo ni okeru Kōhōsha Yōritsu Hōshin*« o *Yakuinkai de Ryōshō* [In der Vorstandssitzung Zustimmung zur »Nominierungsrichtlinie für die Mehrheitswahlkreise der 22. Oberhauswahl«], <http://www.dpj.or.jp/article/17122> (23.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (2010), *Manifesto 2010: Minshutō no Seiken Seisaku: Genki na Nihon o Fukkatsu saseru* [Manifesto 2010: Regierungspolitik der DPJ: Ein gesundes Japan wieder aufblühen lassen], <http://archive.dpj.or.jp/special/manifesto2010/data/manifesto2010.txt> (17.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (06.05.2010), (*Joseigjin Nettowāku Kaigi*) *Sōkai de Katsudō Hōshin, Apīru o Saitaku* [(Versammlung des Netzwerks weiblicher Parlamentarierinnen) Annahme des Aufrufs zur Handlungsrichtlinie in der Generalversammlung], <http://www.dpj.or.jp/article/18129/> (25.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (26.06.2011), *Rinri Kisoku* [Ethikrichtlinien], <http://www.dpj.or.jp/about/dpj/ethics> (17.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (2012), *Manifesto: Minshutō no Seiken Seisaku: Ugokasu no ha, Ketsudan – Ima to Mirai he no Sekinin* [Manifesto: Regierungspolitik der DPJ: Die Entscheidung, sich zu bewegen – Verantwortung für heute und morgen], <http://www.dpj.or.jp/global/downloads/manifesto2012.pdf> (17.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (2013a), *Manifesto: Minshutō no Seiken Seisaku: Kurashi o mamoru* [Manifesto: Regierungspolitik der DPJ: Die Lebensumstände beschützen], <http://www.dpj.or.jp/global/downloads/manifesto2013.pdf> (17.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (2013b), *Minshutō Sesakushū 2013* [DPJ Policy Sammlung 2013], <http://www.dpj.or.jp/compilation/policies2013> (17.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (24.02.2013), *Tōkaikaku Sōsei Honbu Daiichiji Hōkoku (Zenbun)* [Erster Bericht des Hauptbüros für Parteierneuerung (Vollständige Fassung)], <http://www.dpj.or.jp/article/102018> (09.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (2014a), *Manifesto: Minshutō no Seiken Seisaku: Imakoso, Nagare o kaeru Toki* [Manifesto: Regierungspolitik der DPJ: Jetzt ist die Zeit, den Lauf zu ändern], <http://www.dpj.or.jp/global/downloads/manifesto20141202.pdf> (17.05.2015).



- DPJ (Democratic Party of Japan) (2014b), *Minshutō Seisakushū 2014* [DPJ Policy Sammlung 2014], <http://www.dpj.or.jp/global/downloads/policies2014.pdf> (17.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (09.02.2014), *Soshiki Kisoku* [Organisationsstruktur], [http://www.dpj.or.jp/about/dpj/byelaw\\_organization](http://www.dpj.or.jp/about/dpj/byelaw_organization) (17.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (07.03.2014), *2020-nen Josei Giin Hiritsu 30 % Jitsugen ni mukete Danjo Kyōdō Sankaku Inchō Kōri Kazuko Shūingiin* [Hin zur Realisierung der 30-Prozent-Ratio weiblicher Abgeordneter bis 2020, Vorsitzende der Gender Equality Promotion Headquarters, Unterhausabgeordnete Kazuko Kōri], <http://www.dpj.or.jp/article/104054> (25.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (27.04.2014), *Dai 48-kai Shūgiin Senkyo Kōhosha no Kōnin Naitei ni tsuite (An)* [Kandidatinnennominierung für die 48. Unterhauswahl (Entwurf)], <http://www.dpj.or.jp/download/20575.pdf> (25.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (29.05.2014), *Danjo Kyōdō Sankaku Kyoku ga »Kuōtasei« de Rengō to Kondankai* [Dikussionsrunde des *Gender Equality Committee* mit Gewerkschaftsbund Rengo zum »Quotensystem«], <http://www.dpj.or.jp/article/101070> (25.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (25.07.2014), *Minshutō Kaikaku Sōsei Kaigi Hōkokushō* [Bericht des DPJ Komitees für Parteierneuerung], <http://www.dpj.or.jp/article/105857> (25.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (19.08.2014), *(Teigen) »Kokumin no Jōshiki o fumaeta Seitō toshite Saisei o« Funabashi Yōichi-shi* [(Vorschlag) »Erneuerung als Partei, die auf dem Menschenverstand des Volkes basiert«, Yōichi Funabashi], <http://www.dpj.or.jp/article/104808/> (25.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (16.09.2014a), *Minshutō Kiyaku: 2014-nen 9-gatsu 16-nichi Ryōingiin Sōkai Kaisei* [DPJ Parteisatzung: Änderung der Generalversammlung der Abgeordneten beider Häuser vom 16. September 2014], <http://www.dpj.or.jp/about/dpj/byelaw> (17.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (16.09.2014b), *Daihyō Senkyo Kisoku* [Wahlregularien für den DPJ-Vorsitz], [http://www.dpj.or.jp/about/dpj/byelaw\\_presidential-election](http://www.dpj.or.jp/about/dpj/byelaw_presidential-election) (17.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (06.10.2014), *»Heiwa o Ai suru Nihon Kokumin« to iu Burando o Abe-Sōri ha kizutsukete inai ka: Kaieda Daihyō* [Parteivorsitzender Kaieda: Verletzt Premierminister Abe nicht die Marke des »friedliebenden japanischen Volkes«?], <http://www.dpj.or.jp/article/104982> (25.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (08.10.2014), *Danjo Kyōdō Sankaku Suishin Honbu Yakuin-kai Daiichikai Kaigi o hiraku* [Erste Sitzung des Vorstands der *Gender Equality Promotion Headquarters* eröffnet], <http://www.dpj.or.jp/article/104997> (25.05.2015).

- DPJ (Democratic Party of Japan) (15.10.2014), *Kaieda Daihyō, Kuōtasei Dōnyū ni tsuite Mōshiire o ukeru* [Vorsitzender Kaieda empfängt Vorschlag zur Einführung einer Quotenregel], <http://www.dpj.or.jp/article/105032> (02.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (16.10.2014), *Edano Yukio Kanjichō Kishakaiken 2014-nen 10-gatsu 16-nichi (Kin)* [Generalsekretär Yukio Edano, Pressekonferenz vom Freitag, 16.10.2014], <http://www.dpj.or.jp/article/62328> (25.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (17.10.2014), »*Kibishii Sokumen ni tatasarete iru Josei mo kagayakeru Shakai o totonoete iku*« *Gaitō Enzetsukai de Edano Kanjichō ga Hyōmei* [»Eine Gesellschaft schaffen, in der auch Frauen in schwieriger Lage glänzen können« forderte DPJ-Generalsekretär Edano auf einer Straßenrede], <http://www.dpj.or.jp/article/105055> (25.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (07.11.2014), *Teigen: Joseiinzō no Kagi o nigiru Kuōtasei: Jōchi Daigaku Hōgakubu Kyōju Miura Mari-shi* [Vorschlag: Das Quotensystem, Schlüssel zur Erhöhung der Zahl weiblicher Abgeordneter: Juraprofessorin der Sophia Universität Mari Miura], <http://www.dpj.or.jp/article/105342> (25.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (01.03.2015), *Harasumento Bōshi Shishin* [Richtlinie zur Prävention von Belästigung], [http://www.dpj.or.jp/about/dpj/guidelines\\_for\\_preventing\\_harassment](http://www.dpj.or.jp/about/dpj/guidelines_for_preventing_harassment) (17.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (25.03.2015), *Tō Danjo Kyōdō Sankaku Suishin Honbu, Sōkai o Kaisai shi Kuōtasei ni tsuite Tōron* [Gender Equality Promotion Headquarters: Vollversammlung abgehalten und Quotensystem diskutiert], <https://www.dpj.or.jp/article/106438/> (25.05.2015).
- DPJ (Democratic Party of Japan) (27.03.2015), *Okada Katsuya Daihyō Kishakaiken 2015-nen 3-gatsu 27-nichi (Kin)* [Parteivorsitzender Katsuya Okada, Pressekonferenz vom Freitag, 27.03.2015], <http://www.dpj.or.jp/article/62388> (24.05.2015).
- DPJ GEC (Democratic Party of Japan Gender Equality Committee) (03.02.2014), *Josei Kōhōsha no Yōritsu: Shien to hitsuyōna Kankyō Seibi ni kann suru Teigen* [Vorschlag zur Rekrutierung und Unterstützung weiblicher Kandidatinnen sowie zur Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen], [dpj-diversity.net/download/14021.pdf](http://www.dpj.or.jp/download/14021.pdf) <http://www.dpj.or.jp/download/14021.pdf> (17.05.2015).
- DP Miyagi (Democratic Party of Miyagi) (20.02.2014), *Josei no tame no Seiji Sukūru o Kaikō* [Politikschule für Frauen eröffnet], <http://www.minshu-miyagi.jp/info/?p=1599>; [http://www.minshu-miyagi.jp/download/news\\_20140220.pdf](http://www.minshu-miyagi.jp/download/news_20140220.pdf) (29.07.2015).
- Duverger, Maurice (1955), *The Political Role of Women*, Paris: UNESCO.
- Eto, Mikiko (2010), »Women and Representation in Japan: The Causes of Political Inequality«, in: *International Feminist Journal of Politics*, 12 (3–4): 177–201.
- Gaunder, Alisa (2013), »The DPJ and Women: The Limited Impact of the 2009 Alternation of Power on Policy and Governance«, in: Kenji E. Kushida und Phillip Y. Lipsky (Hg.),

- Japan under the DPJ: The Politics of Transition and Governance*, Stanford: Shorenstein APARC, S. 305–330.
- GEBCO (Gender Equality Bureau Cabinet Office) (2004), *Shōgaikoku ni okeru Seijibunya he no Josei no Sankaku* [Beteiligung von Frauen in der Politik in anderen Ländern], <http://www.gender.go.jp/kaigi/kento/positive/siry/pdf/po04-2.pdf> (25.05.2015).
- GEBCO (Gender Equality Bureau Cabinet Office) (2005), *Pojitibu Akushon Kenkyūkai Hōkokushō* [Bericht der Studiengruppe zu *Positive Action*], <http://www.gender.go.jp/kaigi/kento/positive/siry/pdf/honbun.pdf> (25.05.2015).
- GEBCO (Gender Equality Bureau Cabinet Office) (2015), *Josei no Seiji, Hōshin Kettei Sankaku Jōkyō Shirabe* [Untersuchung der Partizipationssituation von Frauen in der Politik und bei Grundsatzentscheidungen], Jahrgang 2014, <http://www.gender.go.jp/research/kenkyu/sankakujokyo/2014/pdf/00set.pdf> (05.04.2015).
- Gössmann, Hilaria, Ilse Lenz, Kerstin Katharina Vogel und Ulrike Wöhr (2004), »Gender«, in: Josef Kreiner, Ulrich Möhwald und Hans Dieter Ölschläger (Hg.), *Modern Japanese Society*, Leiden: Brill, S. 181–218.
- IPU (Inter-Parliamentary Union) (2015), *Women in National Parliaments: Situation as of 1<sup>st</sup> June 2015*, <http://www.ipu.org/wmn-e/classif.htm> (25.07.2015).
- IWYLG (The International Women's Year Liaison Group) (20.07.2013), *Dai-23-kai Sangiin Senkyo ni atatte no Kōkai Shitsumonjō ni tai suru Kakuseitō kara no Kaitō* [Antworten der politischen Parteien auf eine offene Anfrage zu den 23. Oberhauswahlen], <http://www.iwylg-jp.com/2013/07/20/1418> (19.05.2015).
- JACBC (Japan Accountability Caucus for the Beijing Conference) (2007), *Kōkai Shitsumonjō* [Offene Anfrage], [http://pekinjac.or.tv/other\\_activities/openletter\\_0706.html](http://pekinjac.or.tv/other_activities/openletter_0706.html) (19.05.2015).
- Jalalzai, Farida und Mona Lena Krook (2010), »Beyond Hillary and Benazir: Women's Political Leadership Worldwide«, in: *International Political Science Review*, 31 (1): 5–21.
- Klein, Axel P. (2006), *Das politische System Japans*, Bonn: Bier'sche Verlagsanstalt.
- Kopietz Simone (2013), »Die öffentliche Ausschreibung von Kandidaturen auf nationaler Ebene durch die DPJ: Ein innovatives Rekrutierungsverfahren und seine Auswirkungen«, in: *Asiatische Studien: Zeitschrift der Schweizerischen Asiengesellschaft*, 67 (2): 541–568.
- KPJ (Kommunistische Partei Japans) (22.06.2007), *Saninsen ni nozomu Nihon Kyōsantō no Kakubunya no Seisaku: 18 Danjo Byōdō* [Die von der KPJ zur Oberhauswahl gewünschten nach verschiedenen Sektoren getrennten politischen Maßnahmen: 18 Gleichberechtigung der Geschlechter], [http://www.jcp.or.jp/josei/html/2007/070721\\_joseiseisakukobetu.html](http://www.jcp.or.jp/josei/html/2007/070721_joseiseisakukobetu.html) (25.05.2015).
- Krook, Mona Lena (2007), »Candidate Gender Quotas: A Framework for Analysis«, in: *European Journal of Political Research*, 46 (3): 367–394.

- Krook, Mona Lena, Rainbow Murray und Katherine A. R. Opello (2012), »Why Are Gender Quotas Adopted?: Party Pragmatism and Parity in France«, in: *Political Research Quarterly*, 65 (3): 529–543.
- LDP (Liberal Democratic Party of Japan) (2013), *Jikkan, sono Te ni: Jimintō: 01 ›Takumashii Nihon‹ he: Keizai: Josei ga kagayaku Nihon he* [Dieses wahrhaftige Gefühl in die Hände nehmen: LDP: 01 Zu einem ›starken Japan‹: Wirtschaft: Zu einem Japan, in dem Frauen glänzen], [https://www.jimin.jp/election/results/sen\\_san23/political\\_promise/#reform](https://www.jimin.jp/election/results/sen_san23/political_promise/#reform) (27.05.2015).
- Lovenduski, Joni (2005), *Feminizing Politics*, Cambridge: Polity Press.
- Matland, Richard E. und Donley T. Studlar (1996), »The Contagion of Women Candidates in Single-Member District and Proportional. Representation Electoral Systems: Canada and Norway«, in: *The Journal of Politics*, 58 (3): 707–733.
- Miura, Mari, Kap Yun Lee und Robert Weiner (2005), »Who Are the DPJ?: Policy Positioning and Recruitment Strategy«, in: *Asian Perspective*, 29 (1): 49–77.
- NHK (Nippon Hōsō Kyōkai) (2015), *Seiji Ishiki Getsurei Chōsa* [Monatsumfrage zum politischen Bewusstsein], <http://www.nhk.or.jp/bunken/yoron/political/index.html> (10.08.2015).
- NIKKEI *Asian Review* (09.01.2015), »Taking on Ruling Coalition: DPJ Lawmakers Pitch Visions for Reborn Opposition«, <http://asia.nikkei.com/Politics-Economy/Policy-Politics/DPJ-lawmakers-pitch-visions-for-reborn-opposition> (25.05.2015).
- Okada, Katsuya (07.01.2015), »Jukugi to Ketsudan« *no Minshutō he: Atatakami no aru »Kōsei na Shakai« no tame ni* [Eine DPJ des »gründlichen Abwägens und Entscheidens«: Für eine »gerechte Gesellschaft« voller Wärme], [http://www.katsuya.net/daihyo\\_senkyo\\_seiken.html](http://www.katsuya.net/daihyo_senkyo_seiken.html) (25.05.2015).
- Ottemoeller, Dan (1999), »The Politics of Gender in Uganda: Symbolism in the Service of Pragmatism«, in: *African Studies Review*, 42 (2): 87–104.
- Petrocik, John R. (1996), »Issue Ownership in Presidential Elections, with a 1980 Case Study«, in: *American Journal of Political Science*, 40 (3): 825–850.
- Reed, Steven R. (2011), »Winning elections in Japan's new electoral environment«, in: Takashi Inoguchi und Purnendra Jain (Hg.), *Japanese Politics Today: From Karaoke to Kabuki Democracy*, New York: Palgrave Macmillan, S. 71–87.
- Reiser, Marion (2014), »The Universe of Group Representation in Germany: Analysing Formal and Informal Party Rules and Quotas in the Process of Candidate Selection«, in: *International Political Science Review*, 35 (1): 55–66.
- Russell, Meg und Colm O'Cinneide (2003), »Positive Action to Promote Women in Politics: Some European Comparisons«, in: *The International and Comparative Law Quarterly*, 52 (3): 587–614.

- Schwindt-Bayer, Leslie A. (2009), »Making Quotas Work: The Effect of Gender Quota Laws On the Election of Women«, in: *Legislative Studies Quarterly*, 34 (1): 5–28.
- SDPJ (Sozialdemokratische Partei Japans) (2006), *Shakai Minshutō Tōsoku* [Regularien der Sozialdemokratischen Partei Japans], <http://www5.sdp.or.jp/central/03tousoku.html> (18.08.2015).
- Shintō Daichi* (2015), [Webseite], <http://www.daichi.gr.jp/> (25.05.2015).
- Strøm, Kaare und Wolfgang C. Müller (1999), »Political Parties and Hard Choices«, in: Wolfgang C. Müller und Kaare Strøm (Hg.), *Policy, Office, or Votes?: How Political Parties in Western Europe Make Hard Decisions*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 1–35.
- Suzuki, Takako (17.12.2014), *Kioku o Kiroku ni: Kameraman to no Unmei no Deai!* [Von einer Erinnerung zur Aufzeichnung: Schicksalhafte Begegnung mit einem Kameramann!], <http://ameblo.jp/takakosuzuki/theme-10086358720.html> (09.08.2015).
- Tanaka, Yasuo (2015), *Tanaka Yasuo Official Web Site*, <http://www.nippon-dream.com/> (17.08.2015)
- Taniguchi, Masaki (2013), *The UTokyo-Asahi Survey 2012*, Meinungsumfrage und Kandidierendenbefragung, durchgeführt von Masaki Taniguchi, The University of Tōkyō und Asahi Shinbun, <http://www.masaki.j.u-tokyo.ac.jp/ats/2012–2013UTASV131129.sav>, <http://www.masaki.j.u-tokyo.ac.jp/ats/2012UTASP130207.sav> (02.05.2015).
- Weiner, Robert J. (2013), »The Remains of the DPJ«, in: Robert Pekkanen, Steven R. Reed und Ethan Scheiner (Hg.), *Japan Decides 2012: The Japanese General Election*, Hampshire: Palgrave Macmillan, S. 65–71.
- WVS (*World Values Survey*) (k. A.), »Online Data Analysis: Wave 6 (2010–2014)«, <http://www.worldvaluessurvey.org/WVSONline.jsp> (01.05.2015).
- Yomiuri online* (29.11.2014), »Kyūna Kaisan de Junbi Busoku? Kakutō no Josei Yōritsusū Nobinayami« [Mangelhaft auf die kurzfristige Auflösung vorbereitet? Unterstützung für Frauen in diversen Parteien eher zäh], <http://www.yomiuri.co.jp/election/shugiin/2014/news1/20141129-OYT1T50041.html> (25.05.2015).
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (k. A.), »Yomidasu Rekishikan« [Yomiuri Shinbun Archiv], Lizenz über CrossAsia, <http://erf.sbb.spk-berlin.de:80/han/Rekishikan> (28.07.2015).